Einzelnummer 50 000 Mk.

Danziger Volksstimme

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Bezugspreis: Durch d. Post u. Austräg. 300000 M, In Pommerellen 30000 M poln. Anzeigen: Die 8-gespalt. Zeile 72000 M, auswärts 80000 M. Die Reklamezeile 240000 M, ausw. 280000 M. Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeigen nach besonderem Tarif.

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spendhaus Nr. 6.
Postscheckkonto: Danzig 2945
Fernsprecher: Für Schriftleitung 720, für Anzeigen-Annahme, Zeitungsbestellung und Drucksachen 3290.

Nr. 198 — Sonnabend, den 25. August 1923 — 14. Jahrg.

Deutschlands Verständigungswille.

Europa lechzt nach geordneten und ruhigen Verhältnissen. Solange aber die schwierigen, seit Jahren zur Erörterung stehenden politischen und wirtschaftlichen Probleme nicht geregelt sind, fehlen die Voraussetzungen, die einen friedlichen Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft ermöglichen könnten. Praktisch an dem Wiederaufbau mitzuarbeiten, macht zur Vorbedingung, daß der Hader über die Vergangenheit nicht mehr den Mittelpunkt oder gar die Grundlage jener Erörterungen bildet, die nun einmal notwendig sind, um die Welt zu ihrer Befriedigung kommen zu lassen. Unter der Regentschaft des Herrn Cuno wurde im allgemeinen leider immer gegen diese politischen Grundsätze gehandelt. Die Reden, die er wie sein Außenminister gehalten haben, rissen zur Freude der Deutschnationalen fast immer wieder alte Wunden auf und machten dem Gegner zum Teil Vorwürfe, die mit dem gleichen Recht gegen Deutschland hätten erhoben werden können. Jetzt endlich soll es anders werden! Der neue Reichskanzler hat am Freitag vor dem „Deutschen Industrie- und Handelstag" eine Rede gehalten, die erneut bestätigt, daß jetzt die Geschäfte Deutschlands von Politikern geführt werden. Sie gehen bei ihren Handlungen von der Tatsache aus, daß Deutschland nicht nur den Krieg verloren hat, sondern auch ein geschwächtes Volk ist und sie wollen deshalb auf unfruchtbare Auseinandersetzungen über die Vergangenheit verzichten, und ihre Arbeit ausschließlich einer Verständigung widmen, die in Zukunft wieder ein friedliches Nebeneinanderleben der Nationen ermöglicht.

Stresemann selbst hat sich im Verlauf seiner weiteren Ausführungen an diese Grundsätze seines Kabinetts gehalten und versucht, in großen Linien praktische Vorschläge zur Lösung des Ruhrkonfliktes zu machen. Er hat nicht daran gedacht, der französischen Regierung das Recht auf produktive Pfänder irgendwie zu bestreiten, sondern vielmehr offen erklärt, daß die neue Regierung bereit ist, diesem Verlangen Frankreichs durch Bereitstellung eines Teils der deutschen Privatwirtschaft und der verbliebenen Kraftquellen des Reiches gerecht zu werden. Aber die Reichsregierung wendet sich gegen das Bestreben der französischen Politik, nur einen Teil des deutschen Reiches für die zu entrichtenden Kriegsentschädigungen heranzuziehen und büßen zu lassen. Nach ihrer Auffassung sollen das Rheinland und das Ruhrgebiet im gleichen Maße zur Abgeltung der deutschen Verpflichtungen herangezogen werden wie die übrigen Gebiete Deutschlands. Hierfür sprechen zahlreiche politische und wirtschaftliche Gründe. Es ist nicht abzustreiten, daß selbst die in erträglicher Tonart gehaltene letzte Note Poincarés auch wieder in großen Zügen die französische Rheinpolitik erkennen ließ. Alle guten Versicherungen Poincarés über den Friedenswillen seiner Regierung und die Abneigung gegen annexionistische Bestrebungen schaffen diese Feststellung nicht aus der Welt und es ist deshalb in Deutschland allgemein die Auffassung vorherrschend, daß die gegenwärtige französische Reparationspolitik von politischen Hintergedanken getrieben wird und schließlich das Ziel hat, im Rheinland und im Ruhrgebiet ähnliche Verhältnisse zu schaffen, wie wir sie heute schon im Saargebiet haben. Will das deutsche Volk leben, dann muß es einer derartigen Entwicklung vorbeugen. Es handelt sich hier um nichts anderes als um eine Sicherheitspolitik für das Reich, also um nichts mehr und nichts weniger als das, was Poincaré für Frankreich längst in Anspruch genommen hat.

Ist der französische Verständigungswille ernst und hat man bei der jetzt betriebenen Reparationspolitik keine politischen Hintergedanken, die auf eine Entfremdung der Bevölkerung der besetzten Gebiete gegenüber dem Deutschen Reich hinauslaufen, dann kann es der Regierung in Paris schließlich gleich sein, ob sie produktive Pfänder, also die Sicherheitsleistungen für die deutschen Reparationsverpflichtungen, aus dem Ruhrgebiet oder dem Deutschen Reich erhält. Der französische Ministerpräsident hat in seiner letzten Note an England selbst erklärt, daß er bereit ist, das Pfand im Ruhrgebiet mit einem Pfand in gleichem Wert einzutauschen, und lediglich will, daß Deutschland zahlt. Deutschland aber will nach bestem Wissen und Gewissen zahlen und produktive Pfänder leisten. Der Unterschied in den Auffassungen könnte also, wenn der französische Ministerpräsident seine Worte aufrechterhält, lediglich noch in der Methode bestehen. Sie im einzelnen zu erörtern, wäre die Aufgabe von Verhandlungen, die zu einem positiven Ergebnis führen müssen, wenn alle Beteiligten mit dem gleichen guten Willen an die Arbeit gehen wie die jetzige deutsche Reichsregierung.

*

Die Rede Stresemanns.

Bei dem Frühstück, das der deutsche Industrie- und Handelstag gestern zu Ehren des Reichskanzlers Dr. Stresemann, des Reichsfinanzministers Dr. Hilferding und des Reichswirtschaftsministers v. Raumer gab, hielt Geheimrat Dr. Duisberg-Leverkusen die Begrüßungsansprache, in der er u. a. ausführte: Der deutsche Handels- und Industrietag sehe in dem neuen Kabinett der großen Koalition das verwirklicht, was er von vornherein beim Beginn des uns aufgezwungenen Ruhrkampfes gewünscht hätte, nämlich, daß alle Mann an Deck gerufen worden wären. Der Redner hob hervor, daß gerade die Vertreter der freien Wirtschaft sich gezwungen gesehen hätten, die Regierung darauf hinzuweisen, daß bei der Devisenerfassung staatlicher Zwang einsetzen müsse. Eine sichere Fahrt des Reichsschiffes sei nur möglich, wenn vor allem der Kompaß in Ordnung sei. Roggen, Kali, Kohle usw. wären nicht geeignet, als solcher zu dienen. Für unsere ganze Wirtschaft müßte wieder das Geld als alleiniger Kompaß eingeführt werden. Darauf nahm der Reichskanzler Dr. Stresemann das Wort zu einer großangelegten Programmrede in der Reparationsfrage.

Reichskanzler Dr. Stresemann wiederholte zunächst den Gedanken, daß die innere Sanierung Deutschlands zugleich seine wirksamste außenpolitische Betätigung sei. Er wies auf die einschneidenden Maßnahmen hin, die die jetzige Regierung zur Schaffung eines Devisenfonds sowie wertbeständiger Zahlungsmittel und Anlagewerte und zur Sanierung der Reichsfinanzen eingeleitet hat. Deutschland muß zu einer soliden Grundlage zurück, denn darum, meinte der Kanzler, sich direkt an seine Zuhörer wendend, spielen die besten Instrumente nicht mit derselben Genauigkeit, wie man es früher beim deutschen Kaufmann gewöhnt war. Viele deutsche Geschäftsleute hätten sich schon längst auf die Goldrechnung eingestellt, während die meisten Bürger, die das nicht könnten, durch die Inflation expropriiert sind. Die Notverordnung über die Schaffung eines Devisenfonds wird nicht das einzige Mittel der Regierung bleiben. Stresemann zählte die Pläne auf, neben der deutschen Mark ein wertbeständiges Zahlungsmittel auf Goldgrundlage zu schaffen, Verrechnungskonten in Goldwährung bei der Reichsbank einzurichten und das Kreditwesen wertbeständig zu machen. Deutschland braucht eine aktive Handelsbilanz und das bedingt nach der Auffassung des Reichskanzlers für die nächste Zeit eine Beschränkung der Handelsbilanz. Der Reichskanzler gab den dringenden Rat, eine Zeitlang jetzt lieber von Vorräten zu leben, als mit unerfüllbaren Anforderungen, womit er offenbar die Zurverfügungstellung der Devisen meinte, an die Regierung heranzutreten. Als Gegenstück dazu muß eine Förderung der Ausfuhr stattfinden. Entschieden wies er den Vorwurf zurück, daß Deutschland selbst den Währungsverfall herbeigeführt habe und betonte, daß die Reichsregierung vor einem scharfen Eingriff in die Vermögenssubstanz nicht zurückscheue. Sie vertraue darauf, daß die Wirtschaftskreise nicht nur aus Zwang, sondern aus eigener Ueberzeugung von der Notwendigkeit dieser Maßnahmen daran mitwirken werden. Die Frage von Recht und Schuld, die in der Note der britischen Regierung die so bedeutsame Würdigung gefunden habe, werde das deutsche Volk dem Urteil unparteiischer Schiedsrichter jederzeit gern zu unterwerfen bereit sein.

Die jetzige Regierung hält an dem Angebot der vorigen Regierung fest. Für die Freiheit des deutschen Bodens, für die Bewahrung der deutschen Souveränität, für die Konsolidierung der deutschen Verhältnisse sieht die Regierung das Opfer als nicht zu hoch an, einen Teil der deutschen Wirtschaft als Produktionspfand für die Durchführung der deutschen Reparationsverpflichtungen anzubieten. Wenn die französische Regierung aufrichtig von dem Gedanken ausgeht, positive Pfänder für die deutschen Lieferungen nach Ablauf eines Moratoriums zu erhalten, so könnte sie wohl einen Weg der Verständigung mit Deutschland finden. Aber dieser Weg darf nicht über die Differenzierung zwischen Rheinland und Ruhr einerseits und Deutschem Reich andererseits gehen. Die wenn auch nur vorübergehende Verpfändung des Ruhrgebietes selbst, die Uebereignung der rheinländischen Bahnen sowie staatlicher Bergwerke und Besitztümer an Rhein und Ruhr, wie sie in den Dokumenten 23 und 25 des französischen Gelbbuches in die Debatte geworfen wird, kann von uns nicht als Grundlage der Lösung der Reparationsfrage betrachtet werden. Auch gibt es für uns in Deutschland keine Rheinlandfrage, die international zu lösen wäre. Die Rheinländer haben im Rahmen der deutschen Reichsverfassung das Recht, selbständig zu entscheiden, in welcher Form sie innerhalb des deutschen Reiches ihr Leben zu führen gedenken.

Bis zur Stunde liegen uns nur die Erklärungen sämtlicher deutscher Parteien im Rheinland vor, daß sie nicht den Wunsch haben, ihr Treuverhältnis zum Reich und Preußen im geringsten zu ändern. Wir akzeptieren mit Genugtuung die Erklärung des französischen Ministerpräsidenten, daß er weder politische noch annexionistische Ziele verfolge. Mit dieser Erklärung sind aber die in Vorschlag gebrachten Lösungen nicht vereinbar, indem sie tatsächlich wirtschaftlich und politisch Rhein und Ruhr einer Sonderbehandlung unterwerfen und damit den Weg zu einer praktischen Lösung mit Deutschland versperren. Erst wenn die politischen Gesichtspunkte gegenüber den wirtschaftlichen Lösungsmöglichkeiten zurücktreten, an denen das Reich mit der Gesamtheit seiner Wirtschaftskraft teilnehmen kann, wird der Weg für eine praktische Lösung offen sein.

Es wäre politischer Dilettantismus, wenn die deutsche Regierung ihre Politik auf die Entzweiung der Alliierten einstellen wollte. Deutschland kann nur hoffen, daß innerhalb einer gemeinsamen Verständigung der Alliierten unter sich und mit Deutschland ein Weg gefunden werde, der die berechtigten Ansprüche der Gläubigerstaaten mit der Gewährung deutscher Entwickelungsmöglichkeiten vereinigt. Der Kanzler schloß mit einem Hinweis auf die notwendige Solidarität der Völker, um die Welt vor neuen Erschütterungen zu bewahren. Durch das deutsche Volk geht ein tiefes Sehnen, zu Frieden, Freiheit und Ordnung zu kommen. Deutschland tut jetzt das Aeußerste, um bei sich selbst die Grundlage hierfür zu schaffen. Die Lösung der dringenden Fragen, um die es sich jetzt handelt, schließt die Aufrechterhaltung der Kulturgemeinschaft der Völker in sich und endet für Europa in der Entscheidung zwischen Frieden, Wohlfahrt, Gesittung oder Niedergang und Chaos.

*

Berliner Pressestimmen zur Reichskanzlerrede.

Sämtliche Berliner Blätter sind sich darin einig, daß die Rede des Reichskanzlers Dr. Stresemann einen bedeutenden Fortschritt auf dem Wege der Reparationsfrage bedeutet.

Die „Voss. Ztg." nennt die Rede ein Ereignis, von dem geschichtliche Wirkungen ausgehen können. Durch die Erklärungen des Kanzlers sei eine Verhandlungsgrundlage geschaffen, die tatkräftig sei, und die nur dann zusammenbreche, wenn der Gegner dem deutschen Volke verwehren will, als Preis äußerster Anspannung seiner Kräfte dereinst den erlösenden Tag der Freiheit zu sehen. Das „Tageblatt" hebt hervor, daß mit dem Angebot eines Teiles der deutschen Wirtschaft als produktives Pfand für die deutschen Reparationsverpflichtungen weit über die Bestimmungen des Versailler Vertrages hinausgegangen werden, denn der Friedensvertrag sieht als Pfand nur das staatliche Eigentum vor, während hier in einem gewissen Umfange auch das Privateigentum angeboten wird.

Der „Vorwärts" schreibt: Man hat die gegenwärtige deutsche Regierung als die letzte Karte im Spiel Deutschlands bezeichnet, sie ist auch die letzte Karte im Spiel Europas. Sie hat den Willen, zu einer ehrlichen Verständigung mit Frankreich zu gelangen. Wenn jetzt nicht der Weg zur Verständigung gefunden wird, so ist nicht abzusehen, durch welche Wirren und Leiden hindurch die Völker schließlich doch zu ihm zurückfinden werden. Deutschland hat gesprochen, Frankreich hat das Wort.

Der Havenstein-Skandal.

Der Reichsbankpräsident Havenstein, der sich zeitweise bereit zeigte, unter dem Druck der öffentlichen Meinung auf die Leitung der Reichsbank freiwillig zu verzichten, sobald ein Nachfolger gefunden war, ist inzwischen wieder anderer Meinung geworden. Aufgehetzt durch Herrn Helfferich, der inzwischen von seinem Sommeraufenthalt aus dem teuersten Kurort der Schweiz zurückgekehrt ist, will er den Reichstag zur Aenderung des Autonomiegesetzes zwingen. **Auch der Versuch der Reichsregierung, Havenstein zum Rücktritt zu bewegen, war vergeblich. Infolgedessen beschäftigte sich ein engerer Kabinettsrat am Donnerstagabend mit der Angelegenheit. Die Regierung ist einmütig der Auffassung, daß Herr Havenstein verschwinden muß. Da Eile not tut, wird voraussichtlich sofort nach Rückkehr des Reichskanzlers der Reichstag einberufen, um den Mann, der sich jetzt förmlich als Kleber gebärdet, mit Schimpf und Schande durch die Aenderung des Autonomiegesetzes davonzujagen!**

Polens Verschacherung.

Das Finanzabkommen, das der polnische Minister Kucharski mit Vertretern der Morgan-Bank in Paris getroffen hat, hat in politischen Kreisen und vor allem bei der liberalen Presse ungeheure Erregung ausgelöst. Es heißt, daß die Finanzierung der neuen polnischen Emissionsbank in der Weise geschieht, daß die Morgan-Bank 100 Millionen und die polnische Landesdarlehnskasse 20 Millionen Dollar zeichnet. Für dieses Darlehen erhalten die Amerikaner als Pfand die Einnahmen aus den Zöllen und dem Tabakmonopol.

Die Linkspresse spricht von einem Verkauf Polens an amerikanisches Kapital. Man spricht bereits davon, daß auch die Eisenbahn verpfändet werden würde. Der sozialistische „Robotnik" meldet auch noch, daß die Werke in Zyrardow für 20 Milliarden an französisches Kapital verkauft worden seien. Das Blatt schreibt dazu: „Die Regierung der Nationaldemokratie verkauft ganz Polen, um sich am Ruder zu halten."

Der Münchener Fememord.

Die Angeklagten leugnen. — Vorgänge in der Mordnacht.

Der zweite Verhandlungstag in dem Prozeß wegen der Tötung des Studenten Baur begann mit der Vernehmung des aus dem Fuchs-Machhaus-Prozeß bekannten ehemaligen Privatdozenten Dr. Ruge. Dieser erklärte, daß er durch seine Vorträge

den heldischen Geist wecken wollte,

bestritt jedoch, daß er eine Tscheka gründen wollte. Weder Baur noch Zwenaur wären seine Privatsekretäre gewesen. Zu seiner Rede im Wittelsbacher Garten, in der die Anklagebehörden Aufforderung zum Mord erblicken, gab der Angeklagte an, u. a. gesagt zu haben, daß man Männer brauche, welche die Verderber des Deutschtums, u. a. Poincaré, Torren, Lloyd George, bekämpfen sollten. Ruge hält es indessen für möglich, gesagt zu haben, es komme vielleicht die Stunde,

wo jeder seinen Mann zur Erledigung zugeteilt bekommen werde.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er auch Juden genannt habe, erwidert der Angeklagte, daß er auch diese gemeint habe, die ebenso wie Engländer und Franzosen ein deutschfeindliches Volk seien. Das bisher wichtigste Ereignis im Feme-Mordprozeß brachte die Vernehmung des Hauptzeugen, des zwanzigjährigen Max Stubenrauch, auf dessen Aussagen sich im wesentlichen die Anklage des Staatsanwalts stützt. Man fühlte sich mitten in die Lektüre eines

spannenden Detektivromans

versetzt, als der jugendliche Hitlerianer unter der Last seines Eides stoßweise seine Erlebnisse in der Mordnacht erzählte, immer wieder zögernd, weil er sich sehr wohl bewußt war, daß seine Aussage evtl. für die auf der Anklagebank sitzenden politischen Freunde den Tod bedeuten kann. Unter mehrfacher Mahnung des Vorsitzenden, bei der Wahrheit zu bleiben, erzählte Stubenrauch, wie er am 17. Februar, von auswärts kommend, zufällig in die Gesellschaft Zwenaur, Baur und Konsorten gekommen sei, wie er in Bergers Schlafzimmer auf dem Sofa nächtigte, plötzlich in der Nacht aufwachte und am Bett des Berger den

Zwenaur in Hut und Mantel stehen sah und alle Einzelheiten des Mordes erzählen hörte;

er hielt zunächst alles für eine Aufschneiderei. Erst, als er Wochen später davon las, daß Baurs Leiche gefunden sei, machte er sich ein zusammenhängendes Bild von jener Mordnacht. Jetzt fiel ihm auch auf, wie Zwenaur ihm am 15. Februar gesagt hatte, er werde heute noch dem Baur ein verstecktes Waffenlager zeigen, ein Ausdruck, der, wie er später erfuhr, bedeutet, daß man ihn um die Ecke bringen wolle. Jetzt fiel ihm auch auf, wie in seiner Gegenwart Zwenaur den Baur zu einer Autofahrt überredete, und jetzt verstand er, warum Ernst Berger ihn mehrfach aufgefordert hatte, darüber zu schweigen, daß er den Baur überhaupt in München gesehen habe und warum Johann Berger ihm am Morgen des 19. Februar bei seiner Abreise 1000 Mark aushändigte mit den Worten:

„Maul halten, sonst geht es uns allen an den Kragen!"

Auch eine Reihe anderer Vorgänge sind dem Stubenrauch nachträglich ins Gedächtnis gekommen, aus denen er schließen mußte, was der Zwenaur damals mit Baur vorhatte. Die Gebrüder Berger wollen ebenso wie Zwenaur von alledem nichts wissen. Johann Berger gibt zwar zu, daß er die Handtasche des Ermordeten am anderen Tage nach Ansbach gebracht hat, weigert sich aber, das jetzige, ihm bekannte Versteck dieser Handtasche, die sämtliche Ausweispapiere des Ermordeten enthält, dem Gericht zu nennen. Es scheint überhaupt eine verabredete Taktik der Angeklagten zu sein, auf alle einigermaßen wichtigen Fragen des Vorsitzenden keine Antwort zu geben oder sich unwissend zu stellen. Nur Dr. Ruge versuchte in längeren Ausführungen den ihm zur Last gelegten Handlungen eine harmlose Deutung zu geben und behauptete zum Schluß, daß er niemals konkrete Beseitigungspläne vorbereitet, und daß er insbesondere niemals mit Zwenaur die Ermordung besprochen habe.

*

Die Strafanträge des Staatsanwalts.

Nach Beendigung der Zeugenvernehmung beantragte der Staatsanwalt gegen die Gebrüder Berger und Zwenaur die **Todesstrafe**, gegen Dr. Ruge wegen Aufforderung zum Morde ein Jahr Gefängnis, d. h. die gesetzliche Höchststrafe. Das Urteil wird am nächsten Montag nachmittag 5 Uhr verkündet werden.

Die Wirren in Griechenland.

Nach Bulgarien scheint sich jetzt ein neuer Umsturz in Griechenland vorzubereiten. Die revolutionäre Militärdiktatur, die den König Konstantin gestürzt und seine Minister hinrichten ließ und die in einem sehr gespannten Verhältnis zu dem neuen König Georg steht, hat die Wahlen ausgeschrieben. An der Spitze dieser Militärdiktatur steht der Oberst Plastiras und sie wird vor allem von den Offizieren gestützt. Venizelos, zu dessen Politik sie sich bekannt haben, ist von ihnen nach der Hinrichtung der Minister abgerückt und kündet seine Absicht an, sich in das Privatleben zurückzuziehen. Seine Partei, die ursprünglich republikanisch war, hat sich gespalten und selbst Venizelos erklärt jetzt die Einführung der Republik für unzeitgemäß. Diese Stellungnahme des früheren Diktators scheint mit der Schwenkung der französischen Politik zusammenzuhängen. Es wurde eben dieser Tage berichtet, daß die rumänische Königin Maria, die Schwiegermutter des serbischen und griechischen Königs, in Paris eingetroffen ist, und es soll ihr gelungen sein, die französische Regierung zur Anerkennung des Königs Georg zu bewegen. England hatte schon früher sein Einverständnis gegeben. Mussolini ist eine Monarchie in Griechenland auch sympathischer als der unsichere Zustand zwischen Monarchie und Republik. So sind also alle internationalen Hindernisse einer monarchistischen Restauration aus dem Wege geräumt. International ist dadurch die Stellung der revolutionären Militärregierung unhaltbar geworden. Hand in Hand mit diesen höfischen Intrigen hat sich im Lande selbst eine starke konterrevolutionäre Partei gebildet; geführt wird sie vom Generalstabschef des früheren Königs, vom General Metaxas. Er soll heute in Griechenland sehr populär sein, er will die revolutionäre Regierung stürzen und kündigt ihren Führern in aller Offenheit das Schicksal der hingerichteten Minister an. Die in ihrer politischen und physischen Existenz bedrohten Offiziere haben auch einen alten Haudegen, den General Zaimis, auf den Schild erhoben und versuchten mit dem konservativen Flügel der Anhänger Venizelos, mit einem „Block der Arbeiterklasse", dann mit den Agrariern eine Partei der nationalen Koalition zu bilden.

Dieser politische Kuhhandel scheint aber durch die Arbeiter gestört worden zu sein. Die Hafenarbeiter von Saloniki traten in den Generalstreik und rissen auch andere Arbeitergruppen mit sich. Die Bewegung griff auf Athen über und die von rechts und links bedrängte Regierung hat zu einem Gewaltstreich gegen die Arbeiter ausgeholt. Aller Wahrscheinlichkeit nach geht Griechenland stürmischen Tagen entgegen, die zum Sturz der revolutionären Militärregierung und zur Wiedereinsetzung des Monarchen in seine alte Machtvollkommenheit führen werden.

Kommunistischer Sportbetrieb.

Im „Arbeiter-Fußball", dem Organ der Märkischen Spielvereinigung, finden wir folgende Glosse, die man kaum für möglich halten sollte:

„Anstatt unsere Arbeitsbrüder aufzuklären, hat man nur ein Interesse am Richtungsstreit, der wohl als ein Grundübel der Arbeitersportbewegung bezeichnet werden darf, wenn wir nicht Wege finden, die diese schleichende Pest von unserer Bewegung fernhält. **Eine ganz aparte Sorte von Sozialisten ist jetzt drum und dran, für ein paar rostige Ministersessel die Weltanschauung des Proletariats zur bürgerlichen Hure herabzuwürdigen,** indem man mit dem Schwindel der großen Koalition von Stresemann bis Crispien hausieren geht. Daß es aber unter dem Namen „Sozialisten" auch noch Menschen gibt, die das Proletariat nicht verraten, wenn es sich um Prinzipienfragen der Weltanschauungen dreht, bewies Crispien im „Vorwärts" durch seinen Artikel, den sich die **Arbeiterverräter** in seinem Lager sicher nicht an den Spiegel stecken werden. Darum, Arbeitsbrüder im Stehkragen oder Kittel, Kommunisten und Sozialisten, Gewerkschaftler oder Unionisten, erkennt endlich die wahre Situation im Interesse unserer Sportbewegung. Die Ausschaltung des Richtungsstreites ist daher Ehrensache für jeden Arbeitersportler. Beim Spiel freut sich jeder, wenn ein wirklich schönes Tor erzielt wird. Wie groß wird erst die Freude sein, wenn in unseren Reihen der gesunde Menschenverstand ein Tor erzielt (!). Es wäre das schönste des Tages und der — Zeit."

Man sollte es wirklich kaum glauben, daß ein Arbeiterblatt solche Ergüsse zum Abdruck bringt. Man muß aber auch von sozialdemokratischen Arbeitersportlern erwarten, daß sie dieser Sorte von kommunistischen Sportlern, die im Sportorgan erst ihre Klassengenossen in gemeinster Weise beschimpfen und dann eine Einheitsfront predigen, die Schelle anbinden.

Amerika bleibt fern.

Nach einer Meldung des „Newyork Herald" aus Washington wurde im Weißen Hause mitgeteilt: Präsident **Coolidge** habe erklärt, daß nach seiner Ueberzeugung die amerikanische Politik der **Isolierung** gegenüber Europa **richtig** sei. Die Ereignisse hätten diese Politik gerechtfertigt. Die Berichte der amerikanischen Beobachter in Europa hätten ihn davon überzeugt, daß sich in Europa nichts vorbereite, was ein Abweichen von der vom Präsidenten Harding befolgten Politik angebracht erscheinen lasse, die Vereinigten Staaten könnten geschädigt werden, wenn sie sich in die europäischen Verhältnisse einmischten, wie dies von gewissen Kreisen in Washington angeraten werde. Präsident Coolidge wünsche zwar lebhaft eine Lösung der europäischen Frage, er halte vor allen Dingen eine Lösung der Reparationsfrage für notwendig, sei aber gegen Vorschläge von amerikanischer Seite, bevor nicht feststeht, daß sie allen Beteiligten genehm seien. Das Blatt fügt hinzu: In Washington werde vorausgesagt, daß die europäische Frage den Hauptgegenstand der Debatte der nächsten Tagung des Kongresses bilden werde.

Wieder ein Milliardenraub. Zwei französische Kriminalbeamte nahmen bei der Stadtkasse Recklinghausen 12 Milliarden Lohngelder und bei zwei Beamten der Gemeinde Horst-Emscher 4 Milliarden Mark, ebenfalls Lohngelder, weg.

Der Lohn für den Landesverrat. In der „Rheinischen Republik", dem Organ des Sonderbündlers Smeets, wird folgende sehr bezeichnende Bekanntmachung veröffentlicht: 1. Alle Mitglieder der Sonderbündlergruppe werden ersucht, ihren Bedarf an Hausbrand dem Generalsekretariat anzumelden. 2. Alle Mitglieder werden ersucht, an das genannte Generalsekretariat ihre Lichtbilder zum Zwecke der Ausstellung neuer Papiere, die besonderen persönlichen Schutz gewährleisten, einzusenden.

Das nennt man Abrüstung. Eine englische Meldung besagt, daß die beiden im Bau befindlichen Ueberdreadnoughts, der „Nelson" und „Rodney", mit neun Kanonen von 400 Millimeter ausgestattet werden. Die Brücken werden von dreifachen Türmen einer ganz neuen Type getragen. Die Batterien sollen imstande sein, Granaten im Gewicht von 2500 Pfund abzufeuern. Man hebt hervor, daß von Amerika und Japan einige Schiffe acht Kanonen dieses Kalibers besitzen, doch werden die englischen Kriegsschiffe die einzigen sein, die über neun Kanonen von 400 Millimeter verfügen. — Das ist der Wahnsinn, der sich aus der kapitalistischen Wirtschaftsweise ergibt. Die Milliarden werden angelegt, um für den Massenmord zu rüsten. Dabei sind in England und überall Krankenhäuser, Kinder- und Mütterheime, Wohlfahrtsmaßnahmen für die Opfer des Krieges und der Arbeit viel notwendiger. Statt Kasernen brauchen die Völker gute Schulen, statt Kriegsschiffe Handelsschiffe. Aber Vernunft wird erst siegen, wenn durch den Sozialismus die Ursache des militärischen Wahnsinns beseitigt ist.

Ein internationaler Kongreß der Soziologen. Vom 1. bis 8. Oktober wird in Rom ein internationaler soziologischer Kongreß stattfinden. Das Arbeitsprogramm umfaßt die allgemeine Soziologie, die Probleme des internationalen Rechts und des Arbeitsmarktes, der internationalen Politik und Wirtschaft, sowie Rassenhygiene.

„Meine Ruh will ich zu Hause . ."

Von Tebaci.

In einer recht stürmischen Sonntagsversammlung war es. Einer, der sich am wütendsten gebärdete, war den Sozialdemokraten gar, sie seien feige Gesellen, die Gewerkschaftsführer Unternehmerknechte. Keine Stoßkraft, keinen revolutionären Elan. Die Arbeiter hätten an ihnen allen Glauben verloren.

Am selben Tage nachmittags mußten wir noch etwas besprechen. Unser temperamentvoller Redner aber kam nicht. Wir machten uns auf, ihn aus der Wohnung zu holen.

Er saß seelenruhig beim Kaffee; die Gewerkschaftsberatung interessierte ihn nicht. Nachdem er seine Tasse leer hatte, sagte er [illegible]. Wir unterhielten uns. Nach und nach fiel ich aus allen Wolken: Die Frau, eine [illegible] Kleinbürgerin, die ihren „Generalanzeiger" las und ihren Nähkorb ganz voll mit Flicken liegen hatte. Der Sohn Mitglied eines bürgerlichen Sportvereins, der vom Sozialismus und Arbeiterbewegung in einer Art sprach, als ob er seinem eigenen Vater nicht über den Weg traute, die Tochter war noch die verständigste. Aber auch sie hatte keinen Schimmer von dem, was der Vater erkämpfen will.

„Lieber Genosse," sagte ich, „eines müssen Sie mir erklären. Ich habe heute morgen Ihren Mut bewundert. Ihre scharfe Unterscheidung des persönlichen Eintretens. Warum bringen Sie in Ihrem eigenen Hause nicht wenigstens die drei Personen unter einen Hut?"

„Es kann mir doch keiner zumuten, auch noch zu Hause meinen Streit zu haben. Ich [illegible] und ich kann nichts hören."

„Wissen Sie auch, daß das eine große Sünde ist, die Sie da begehen?"

„Was — Sünde — wieso?"

„Nun, von den anderen nur zu verlangen, was man selbst nicht mal im engsten Kreis tut?"

„Das verstehe ich nicht ganz."

„Dann will ich es Ihnen sagen: Wer der Partei und den Gewerkschaften den Vorwurf macht, [illegible] Kreis setzen, ob er es besser kann. Sie verlangen Kraft und Willen nur von den anderen. Was tun denn Sie?"

„Ja zu Hause . . ."

„Ja, gerade zu Hause. Wenn nicht jeder in seinem eigenen Heim anfängt, kommen wir nie zum Ziel. Wer glaubt, die Wandlung muß vom andern kommen, während er selber der alte Ideen bleibt und seine eigenen Angehörigen nicht mitreißt, der ist kein Mann der Tat."

Seine Frau, die allein bei dem Gespräch zugegen war, meinte so nebenbei:

„Ach, mein Waldemar ist zu Hause ein gemütlicher Mensch, gell, was kümmert uns daheim die dumme Politik."

Er sagte nichts darauf. Doch war unser Waldemar von dem Tage an merklich stiller.

Es könnte nichts schaden, wenn man sich bei vielen, die die neue Zeit nur ersehnen, nicht erkämpfen wollen, mal ein wenig zu Hause umsehen könnte.

„Vorwärts", „Kaiserbilder", „Die gute Stube", „Schundliteratur", Kinder, die den Bürgerlichen nachlaufen, rückständige Frauen, Gegner der Konsumvereine. Tatsächlich aller Art würden da gewiß zutage kommen.

Deshalb: Nicht nach ihren Worten sollt ihr sie beurteilen!

Das Ende des Lynchens. Wenn nicht alles trügt, scheint endlich die letzte Stunde der amerikanischen Lynch„gerichte" geschlagen zu haben. Vor geraumer Zeit schon hat sich die Mehrzahl der nordamerikanischen Staaten gegen die grausame Volksjustiz ausgesprochen; immer aber setzten die Südstaaten einem Einschreiten gegen die Lynch„richter" Widerstand entgegen. Sie wiesen darauf hin, daß im Süden, wo die schwarze Bevölkerung den Weißen der Zahl nach überlegen ist, die Weißen den schwarzen Verbrechern auf Gnade und Ungnade ausgeliefert wären, wenn diese nicht in der Gewißheit lebten, daß dem Verbrechen die Sühne unmittelbar auf dem Fuße folgt. Durch die Statistik ist dieser Hinweis aber gründlich widerlegt worden. Man erfährt, daß von den [illegible] Lynchmorden, die in Amerika in den letzten dreißig Jahren verübt wurden, nicht mehr als 17 Fälle solche Neger betrafen, die sich der Schändung weißer Frauen schuldig gemacht hatten, während 230 Neger aus ganz nichtigen [illegible] dies fielen 83 unschuldige Frauen den Lynch„richtern" zum Opfer, auch 17 weiße. Diese Feststellungen haben auf die öffentliche Meinung Eindruck gemacht. Im Repräsentantenhause ist bereits eine Anti-Lynch-Bill eingebracht worden, und man glaubt, daß ein solcher Entwurf demnächst auch dem Senat zugehen wird. Das Lynchgericht wird in dem Gesetz als verbrecherische Handlung gekennzeichnet, deren Teilnehmer dem ordentlichen Gericht zur Aburteilung wegen Mordes überwiesen werden. Außerdem soll der Gemeinde, auf deren Weichbild das Lynchgericht stattgefunden hat, eine Geldstrafe bis 10 000 Dollar auferlegt werden.

Heilung der Paralyse? Im Verein für Psychiatrie und Neurologie in Wien hielt Dr. Dattner einen Vortrag über die vielfachen Heilerfolge bei Paralyse nach der neuen Methode Wagner-Jaureggs. Während noch Krafft-Ebing unter 2500 Fällen keinen einzigen geheilten Paralytiker finden konnte, wurde jetzt in Wien und Prag in den Kliniken in mehr als 300 Fällen eine bedeutende Besserung, in hohen Prozentsätzen vollständige Heilung herbeigeführt. Die Wassermannsche Reaktion wurde negativ, die Spirochäten verschwanden aus dem Blute, arbeitsunfähig gewordene Paralytiker konnten wieder ihrem Beruf nachgehen. Kranke, die ihre Sprachfähigkeit einbüßten, gelangten wieder ganz oder teilweise zum Sprachvermögen. Das Verfahren besteht darin, Fieberzustände künstlich zu erzeugen, nachdem man festgestellt hatte, daß die Malaria bei Paralytikern günstige Veränderungen hervorgerufen hatte, weil das hohe Fieber die im Blute befindlichen Spirochäten vernichtete. Nur in sechs Fällen blieb die Methode Wagner-Jaureggs wirkungslos und ein einziger Fall endete mit dem Tode des Kranken.

Nationale Gleichungen. Die amerikanische Zeitschrift „Life" gibt folgende „nationale Gleichungen": Ein Russe gleich Genie; zwei Russen gleich Unordnung; drei Russen gleich Radau. Ein Deutscher gleich Nichts, zwei Deutsche gleich Sekretariat; drei Deutsche gleich Organisation. Ein Engländer gleich Stumpfsinn; zwei Engländer gleich eine Gesellschaft; drei Engländer gleich Weltreich. — Man könnte auch sagen: Ein Deutscher gleich zwei Meinungen; zwei Deutsche gleich drei Parteien; drei Deutsche gleich Stammtisch.

Danziger Nachrichten.

Die Umstellung auf Goldmark.

Die Loslösung von der Papiermark hat in den letzten Wochen so allgemeine Formen angenommen, daß es im Wirtschaftsleben heute nur noch ganz wenige Zweige gibt, die ihre Preise nach diesem unsicheren Maßstab berechnen. Der Großhandel kalkuliert schon seit Monaten nur noch in Goldmark und auch im Kleinhandel wird die wertbeständige Valutaberechnung jetzt fast allenthalben durchgeführt. Diese Entwicklung hat auch der Arbeiterschaft den Weg gezeigt, wie sie ihrer weiteren Verelendung durch die Erringung von Goldmark-Löhnen einen Riegel vorschieben kann. Heute ist jedem Einsichtigen klar, daß wir, um aus dem Preischaos herauszukommen, unsere gesamte Wirtschaft zunächst wieder auf eine wertbeständige Grundlage stellen müssen. Diese Entwicklung zwingt nun auch die Betriebe in ihren Bann, die bisher am längsten mit dieser Umstellung warteten, nämlich die Zeitungen. Diese haben in weitgehender Berücksichtigung der Notlage des größten Teiles ihrer Leser ihre Preise bisher immer noch in der täglich wertloseren Papiermark berechnet. Dafür stehen sie jetzt auch am Ende ihrer Existenz. Der grenzenlose Wucher mit Papier hat die Preise weit über den Weltmarktstand gesteigert; auch die übrigen Materialien stehen erheblich über dem Friedensstand. Demgegenüber waren die Zeitungen bisher immer noch ganz gewaltig billiger als im Frieden. Diese große Spanne zwischen den gestiegenen Herstellungskosten und den mäßigen Einnahmen ist nicht länger tragbar.

Fast als letzte Gruppe sind daher auch die Zeitungen zur Berechnung ihrer Preise in Goldmark übergegangen. Es war für sie, das müssen alle bedenken, die darüber ungehalten sind, die einzige Möglichkeit, weiterzuerscheinen. Der Uebergang ist gewiß für manche unserer Leser hart. Aber sie sollten bedenken, was sie bei dem für die nächste Woche verlangten Bezugspreis von 300 000 Mark an anderen Waren kaufen können. Fast nichts. Sie erhalten dafür kaum ein Viertelpfund Wurst. Soviel aber wird ihnen ihre Zeitung, die sie stets über alle wichtigen Tagesereignisse informiert, ihnen jeden Tag wertvolle Aufklärung und interessanten Unterhaltungsstoff bringt, sicherlich wert sein. Die Arbeiterpresse ist außerdem noch die Verfechterin aller Interessen und Rechte der werktätigen Bevölkerung, und wer ihr in kurzsichtiger Weise die Mittel zu ihrer Aufrechterhaltung verweigert, sollte sich nur vor Augen halten, was aus dem Kampfe der Arbeiterschaft um eine bessere Zukunft werden soll, wenn die Arbeiterpresse zugrunde geht. Das darf nicht angehen und darum müssen unsere Genossen und Freunde der „Volksstimme“ nicht nur treu bleiben, sondern ihr weitere Leser zuführen. Die Umstellung auf die Goldmarkrechnung wird unserem Unternehmen wieder eine neue, wenn auch vorerst nur schwache finanzielle Grundlage geben. Dadurch aber wird es möglich sein, die Zeitung noch weiter auszubauen und so immer größere Kreise der Bevölkerung für sie zu gewinnen. In diesem Sinne bitten wir unsere Genossen und Freunde, der gestern mitgeteilten neuen Regelung zuzustimmen und mit neuen Kräften für ihre Zeitung an die Werbearbeit zu gehen.

Die unzulänglichen Steuerermäßigungen.

Die fortschreitende Geldentwertung hat die Ermäßigungen für das Existenzminimum, für die Familienangehörigen und die Werbungskosten bei der Lohnsteuer fast wertlos gemacht, so daß der tatsächliche Steuersatz sich immer mehr der obersten Grenze von 10 v. H. näherte. Es bedeutet fast gar keine Erleichterung des schweren Steuerdrucks für den Arbeiter, wenn er von einem Wochenlohn von 25 Millionen Mark an Einkommensteuer 2 500 000 Mark entrichten soll und dann Anspruch auf 100 000 Mark Ermäßigung hat: Eine Neuregelung der Ermäßigungssätze ist deshalb dringend erforderlich. Auch diese Sätze müssen den veränderten Lohnverhältnissen angepaßt werden. Der Steuerausschuß des Deutschen Reiches hat sich dieser Aufgabe unterzogen und die bisherigen Ermäßigungssätze, die die gleiche Höhe wie die zurzeit in Danzig geltenden haben, verfünfzehnfacht. Der Steuerbetrag von 10 v. H. des Arbeitslohns ermäßigt sich demnach:

1. für den Steuerpflichtigen und seine Ehefrau monatlich um 390 000 Mark, wöchentlich um 77 200 Mark.
2. für jedes Kind monatlich um 2 400 000 Mark, wöchentlich um 576 000 Mark.
3. für Werbungskosten monatlich um 3 000 000 Mark, wöchentlich um 720 000 Mark.

Für eine Familie mit zwei Kindern beträgt also das steuerfreie Einkommen monatlich 85 200 000 Mark, wöchentlich 20 264 000 Mark.

Die Lohn- und Gehaltsempfänger im Freistaate haben Anspruch auf die gleichen Ermäßigungen. Hier ist schnelle Arbeit zu leisten.

Neue Erhöhung des Milchpreises.

Der Höchstpreis für Milch ist mit Wirkung vom Sonntag, den 26., auf 100 000 Mark für das Liter festgesetzt; für ein Pfund Butter auf 1 100 000 Mark. Zur Begründung führt der Senat an, daß die Milchzufuhr aus dem Freistadtgebiet infolge der immer stärkeren Einschränkung des Kleinbahnverkehrs stark abnehme und es daher notwendig sei, die Zufuhren aus dem alten Danziger Milchversorgungsgebiet, welches jetzt zum größten Teil zu Pommerellen gehört, wieder zu ermöglichen. Hierzu sei es erforderlich, daß die Höchstpreise den dortigen Verkaufspreisen — entsprechend der Parität der polnischen Mark — angepaßt werden. Bis dahin könnte man mit dem Senat konform gehen. Er teilt jedoch weiter mit: „Die landwirtschaftlichen Verbände des Freistaats haben sich inzwischen bereit erklärt, die für die Wintermonate erforderliche Säuglingsmilch für die städtische Bevölkerung, wie es auch in Deutschland erfolgt, durch Lieferungsverträge zu sichern, so daß dann der freien Wirtschaft für diese Produkte keine Hindernisse entgegenstehen.“ Diese in etwas zweideutiger Form gehaltene Mitteilung muß starke Bedenken erregen. Mit dem Abschluß von Lieferungsverträgen hat man im Reiche außerordentlich schlechte Erfahrungen gemacht. Sie haben eine weitere starke Verteuerung der landwirtschaftlichen Produkte zur Folge gehabt. Hier will man sogar noch einen Schritt weiter gehen und den Abschluß und die Erfüllung von Lieferungsverträgen anscheinend nur ganz dem freien Ermessen der Landwirte überlassen. Das heißt, wie es auch in der Senatsmitteilung angekündigt wird, die vollständige freie Wirtschaft. In dem schrankenlosen Austoben der Profitgier liegen für die Ernährung der Säuglinge schwerste Gefahren. Wir halten darum den Abbau der Zwangswirtschaft und Aufhebung der Höchstpreise für eine Gefahr, solange sich die wilde Preisgestaltung nicht durch die Lösung der Währungsfrage von selbst etwas regelt. Die Gesunderhaltung des Nachwuchses ist das Haupterfordernis des Tages, und darum muß alles getan werden, um die Milchversorgung zu erschwinglichen Preisen sicher zu stellen.

Rundschau auf dem Wochenmarkt.

Der Hochsommer scheint uns endlich die ersehnten schönen Tage zu bringen. Nur die Entspannung im Wirtschaftsleben scheint noch in weite Ferne gerückt zu sein. Auf dem Wochenmarkt herrscht das richtige Tohuwabohu! Um Kirschen und Gemüse gibt es wieder aufgeregte Gemüter und zerrissene Kleider. Für ein Bund Mohrrüben fordern die Händler 20 000 Mark. Das Bund Suppengemüse, die Knolle Sellerie und das Bündel Pfefferkraut sowie Dill kosten 5000 Mark. Zwiebeln sind gar nicht aufzutreiben. Für ein Pfund Schabbeln werden 60 000 bis 80 000 Mark gefordert. Ein Pfund Weißkohl kostet 90 000 Mark, Rotkohl 100 000 Mark. Ein Pfund Gurken soll 210 000 Mark bringen. Das Pfund Pastinat preist 50 000 Mark. Große Bohnen kosten 60 000 Mark und Salat 20 000 Mark. Saure Kirschen wurden mit 110 000 Mark pro Pfund abgesetzt. Ein Pfund Birnen kostet 140 000 bis 180 000 Mark. Ein Pfund Eierpflaumen soll 300 000 Mark bringen. Für ein Ei werden 70 000 bis 100 000 Mark verlangt. Eine 2½ Pfund schwere Henne kostet 8 Millionen Mark. Ein Seufzer entringt sich der Brust der Hausfrau, während die Händlerin sagt: Aber Frau, das Fleisch ist doch noch teurer.

Ja, das Fleisch ist wirklich noch teurer. Aber welche Hausfrau kann für einen Sonntagsbraten 3 Millionen Mark ausgeben? Für ein Pfund Schweinefleisch werden 900 000 und 1 300 000 Mark verlangt. Fettes kostet sogar 1,5 Millionen Mark. Für Rindfleisch fordert man pro Pfund 700 000 bis 1,2 Millionen Mark, für Hammelfleisch 800 000 bis 1 Million Mark und für Kalbfleisch 600 000 bis 800 000 Mark.

Auf dem Fischmarkt sind Pilze zu haben, Pfefferlinge und andere Sorten, das Pfund zu 160 000 Mark. Ein Pfund Flundern preist 250 000 und 300 000 Mark. Aale kosten 800 000 und 1 Million Mark, Zehrten 600 000 Mark, kleine Hechte 800 000 Mark, das Pfund Quappen kostet 300 000 Mark. Der Salzhering soll 40 000 und 50 000 Mark bringen, ein Pfund Räucheraal 1,5 Millionen Mark, Räucherflundern 900 000 Mark.

Richtpreise werden aufgestellt. Nach der Wucherpolizei hört man schreien. Aber sie sieht diesem Preiswirrwarr leider ohnmächtig zu. Traute.

Gaspreis 285 000 Mark.

Schon bei der Besprechung der Senatsvorlage über die Erhöhung der Gaspreise am letzten Dienstag in der Stadtverordneten-Versammlung wurde von dem Vertreter des Senats bereits angekündigt, daß der Gaspreis von 135 000 Mark für 1 Kubikmeter infolge der weiteren Steigerung der Kohlenpreise bereits überholt sei und eine neue Festsetzung der Preise stattfinden müsse. Heute erfolgt nun bereits die Bekanntmachung der erhöhten Preise für die Woche vom 27. 8. bis 2. 9. Bei der Verrechnung des Gasverbrauchs wird nunmehr so vorgegangen werden, daß der vor dem 15. und der nach dem 15. 8. liegende Verbrauch durch Schätzung ermittelt und dann, soweit er vor dem 15. 8. liegt mit 17 000 für 1 Kubikmeter und, soweit er nach dem 15. 8. liegt, mit 285 000 Mark für 1 Kubikmeter verrechnet wird.

Solange der Preis von 135 000 Mk. für 1 Kubikmeter Gültigkeit hatte, d. h. bis zum 25. 8. einschließlich, wurde der nach dem 15. 8. liegende Verbrauch mit 135 000 Mark für 1 Kubikmeter berechnet. An einem Beispiel möge das erläutert werden:

Es soll ein Gasverbrauch von 30 Kubikmetern angenommen werden und zwar für die Zeit vom 25. 8. bis rückwirkend 25. 7. Bei gleichmäßiger Verteilung des Gasverbrauchs entfallen:

auf die Zeit vom 15. 8. bis 25. 8. = 10 Tage 10 Kubikmeter zu 135 000 Mark =	1 350 000 Mk.
auf die Zeit vom 25. 7. bis 15. 8. = 21 Tage 20 Kubikmeter zu 17 000 Mk. =	340 000 Mk.
Zusammen	1 690 000 Mk.

durchschnittlicher Preis für 1 Kubikmeter rd. 56 330 Mark.

Beispiel für die Zeit nach dem 29. 7.:

Verbrauch vom 29. 7. bis 14. 8. = 17 Tage, 16 Kubikmeter zu 17 000 Mk. =	272 000 Mk.
Verbrauch vom 15. 8. bis 28. 8. = 14 Tage, 14 Kubikmeter zu 285 000 Mk. =	3 990 000 Mk.
Zusammen	4 262 000 Mk.

durchschnittlicher Preis für 1 Kubikmeter rd. 142 170 Mark.

Die Gasanstalt folgt mit dieser Art der Gaspreisberechnung den Wünschen der Stadtverordnetenversammlung, die gegen das bisher von der Gasanstalt beliebte Verfahren, den höchsten Gaspreis für die gesamte Ablesungsperiode zu berechnen, ihr Veto einlegte.

Operettenvorstellungen im Stadttheater. Direktor Schaper hat mit Direktor Normann ein kurzes Gastspielabkommen getroffen, und zwar wird die Zoppoter Operette am Freitag, den 31. August, am Sonnabend, den 1., und Sonntag, den 2. September, mit „Fürst von Pappenheim“ und am Montag, den 3. September, mit „Dorine und der Zufall“ im Danziger Stadttheater gastieren. In beiden Operetten sind die Damen Lucie Pniower, Karin Rohde, Frida Werner, die Herren Fritz Seybold, Ernst Badekow, Otto Normann, Erich Sterneck und Paul Rose in den Hauptrollen beschäftigt.

Die Straßenbahn erhöht ab 28. August erneut die Fahrpreise. Die billigste kostet alsdann 100 000 Mark. Die Fahrtarife sind ebenfalls heraufgesetzt worden, in einzelnen Fällen verfünffacht. In Zukunft sollen die Fahrtarife alle 14 Tage neu festgesetzt werden.

Der Landarbeiterstreik im Großen Werder beigelegt.

Am gestrigen Tage fanden in Tiegenhof Verhandlungen zwischen den Organisationen der Landwirte und der Landarbeiter statt, die zum Abschluß des Landarbeiterstreiks im Kreise Großes Werder geführt haben. Im Kreise Danziger Höhe dauert der Streik noch an.

Der Sonderbeitrag in der Krankenversicherung.

In dem gestern unter der Ueberschrift „Ausgleichsversuche im Aerztestreik“ erschienenen Artikel ist bei der Wiedergabe der Gesetzesvorlage des Senats der erste grundlegende Paragraph fortgeblieben. Dieser bestimmt, daß im Falle eines dringenden Bedarfes der Kassenvorstand beschließen kann, die wie für den Monat September 1923 fälligen Beiträge in doppelter Höhe zu erheben.

Lehren des Generalstreiks.

II.

Die im ersten Artikel gemachten Feststellungen haben gezeigt, wie sehr der Erfolg der Streikbewegung unter den wilden Vorgängen in den Funktionärversammlungen gelitten hat. Die daraus zu ziehenden Lehren dürften jedem einsichtigen und verantwortungsbewußten Gewerkschaftsfunktionär klar sein. Es muß zukünftig mit allen Mitteln dafür gesorgt werden, daß in allen Gewerkschaftsversammlungen trotz noch so scharfer Parteigegensätze eine sachliche Aussprache über die zur Entscheidung stehenden Fragen stattfinden kann. Das sollte nicht nur für die geschlossenen Versammlungen der Arbeiterschaft gelten, sondern auch für alle öffentlichen. Nur im freien Meinungsaustausch können die Streitfragen geklärt und die besten Mittel und Wege zur Verbesserung der Lage der werktätigen Bevölkerung gefunden werden. Erste Voraussetzung nach dieser Richtung ist, daß ein wilder, politischer Mißbrauch von Streikbewegungen von vornherein unterbunden wird. Nachdem den Kommunisten diesmal ihre Absicht, den Generalstreik ihren politischen Zwecken dienstbar zu machen, nicht gelungen ist, sondern sie die Arbeiterschaft auf das schwerste geschädigt haben, tun sie zwar alles, um von ihren Treibereien abzulenken. Sie suchen die Vorgänge in den Versammlungen als spontan entstanden und recht harmlos zu erklären. Tatsächlich handelte es sich jedoch um einen organisierten Versuch, den Generalstreik in das kommunistische Fahrwasser zu drängen. Ja, nach den auch in anderen Orten in den gleichen Tagen gemachten Erfahrungen kann es gar keinen Zweifel darüber geben, daß das Vorgehen der Danziger Kommunisten auf Anweisungen von der Berliner Zentrale zurückzuführen ist. In fast allen Großstädten, in denen Generalstreiks zu verzeichnen waren, haben die Kommunisten versucht, die entscheidenden Gewerkschaftsversammlungen mit den gleichen gewaltsamen Mitteln in ihrem Sinne zu beeinflussen. In Chemnitz, Hamburg, Braunschweig und anderen Orten sind genau so wie in Danzig kommunistische Stoßtrupps gewaltsam in die Funktionärversammlungen eingedrungen und sind in ähnlicher Weise aufgetreten wie in Danzig. Nur daß diesen ungezügelten Elementen von den dort energischer auftretenden Gewerkschaftsfunktionären sehr schnell das Handwerk gelegt wurde. Im übrigen zeigen die von der kommunistischen Parteileitung im Generalstreik propagierten Ziele, wie die unsinnige Errichtung einer Arbeiter- und Bauern-Regierung, wie die Bewegung in ein politisches Fahrwasser gebracht werden sollte. Dadurch aber wäre der Generalstreik vollkommen um seinen Erfolg gekommen, weil diese Ziele den Zusammenbruch des Kampfes bedeutet haben würden. Wie ernst es den Kommunisten war, die Bewegung in ihre Hände zu bekommen, zeigt neben allen anderen Tatsachen die bereits vor dem Streik erfolgte Verstärkung der Leitung der KPD. durch zwei Abgesandte aus Berlin. Es ist nicht notwendig, alle Einzelheiten noch einmal aufzurollen, aber die vorstehenden Feststellungen mußten getroffen werden, um für die Zukunft vorbeugen und neue Fehler und noch schwerere Schädigungen der Arbeiterschaft verhindern zu können.

Um zu einer erfolgreichen Arbeit in den Gewerkschaften zu kommen, müssen auch die noch in einzelnen Verbänden bestehenden kommunistischen Zellen unbedingt isoliert und unterbunden werden. Es ist ein schon viel zu lange geduldeter Zustand, daß in den Gewerkschaften Fraktionen einer politischen Partei bestehen, die sich blindlings nur nach den oft geradezu blödsinnigen Anweisungen weltfremder Moskauer Gewaltapostel richten und die Gewerkschaften in ihrer Arbeit hemmen und die mühsam aufgebauten Organisationen zerstören. Der Generalstreik hat gelehrt, daß damit Schluß gemacht werden muß. Ebenso kann es nicht angehen, daß ein den Gewerkschaften fernstehender Mann wie der Unternehmer Raube in Funktionärversammlungen eine Rolle spielt. Es ist ein bisher unerreichter Fall in der Gewerkschaftsbewegung, daß ein Unternehmer, der außerdem noch in seinem Betrieb weder Arbeiterrat noch Tarif anerkennen wollte, in einer Streikversammlung als Führer der Arbeiter aufzutreten trachtet. Daß sich so etwas ereignen konnte, zeigt nicht nur die geradezu provokatorische Frechheit, die diesem Herrn eigen ist, sondern auch den Langmut und die sträfliche Gleichgültigkeit, die einen Teil der Arbeiterschaft beherrscht. Aber auch die Kommunisten stellen sich damit ein besonders beschämendes Zeugnis aus. Wie reißen sie doch sonst das Maul auf gegen eine Mitarbeit der Gewerkschaften in den Arbeitsgemeinschaften, weil sie dort mit den Unternehmern — zusammensitzen. Jede gemeinsame Arbeit mit Unternehmern ist in ihren Augen schlimmster Verrat, ja, ein waschechter Revolutionär bekommt schon einen Wutanfall, wenn er nur hört, daß mit den Unternehmern Verhandlungen stattfinden müssen. Schon das Verhandeln mit diesen Leuten ist ihnen ein grenzenloses Verbrechen: Lieber totstreiken, als mit Arbeitgebern verhandeln! Aber die gleichen Leute, die dieser Auffassung huldigen, finden gar nichts dabei, sich nicht

Devisenstand

(Feststellt um 12 Uhr mittags.)

1 Dollar 4 500 000 Mk.,

Pol.-Mk. 20,00 Mk., 1 engl. Pfd. 21 000 000 Mk.

Zahn-Kranke werden sofort behandelt. Neue Gebisse, Reparaturen an einem Tage. Spezialität: Gebisse ohne Platte, Goldkronen usw. unt. voller Garantie. Dankschreiben über schmerzloses Zahnziehen. Niedrige Kostenberechnung. (10556

Institut für Zahnleidende **Pfefferstadt 71** Durchgeh. Sprechzeit v. 8-7 Uhr

Große Werte

stecken in den Bodenkammern. Verkaufen Sie, was entbehrlich ist. Eine Anzeige in der

Danziger Volksstimme

wirbt Käufer. Kleine Anzeigen in der „Danziger Volksstimme“ sind billig und erfolgreich.

nur mit einem der rückständigsten Unternehmer an einen Tisch zu setzen (warum sollten sie das schließlich auch nicht?), sondern sie wählen ihn zu ihrem politischen Führer und lassen sich sogar ihre gewerkschaftliche Haltung von ihm bestimmen. Das ist der Gipfel des Widersinns. Wir wollen uns mit diesem Mann in diesem Zusammenhang nicht weiter beschäftigen. Nur daß er in den Streiktagen den Versuch machte, der Danziger Arbeiterschaft die Knute der polnischen Soldateska und das Regime der polnischen Scharfmacher schmackhaft zu machen, läßt schon die wahren aus seiner Tätigkeit in Thorn bereits bekannten Absichten — des gleichzeitig auch in russischen Diensten stehenden Autokapitalisten — erkennen. Wir geben nur die Ansicht einer großen Zahl ehemaliger Anhänger der Kommunistischen Partei wieder, wenn wir es als Schande für die Danziger Arbeiterbewegung und auch für die KPD. bezeichnen, daß dieser Mann im öffentlichen Leben überhaupt noch eine Rolle spielen darf.

Ebenso notwendig ist es aber auch, daß die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft sich über ihr **Verhältnis zu der syndikalistischen Seemanns-Union** klar wird. Auch dieser Organisation kommt ein großer Teil der Schuld zu, wenn der Erfolg des Generalstreiks nicht befriedigen kann. Denn auch die Tätigkeit und das Auftreten der recht fragwürdigen Mitglieder dieser syndikalistischen Gruppe erschütterten die Geschlossenheit der Arbeiterfront und die bei einem wirtschaftlichen Generalstreik unbedingt notwendige Zusammenarbeit mit den übrigen Gewerkschaftsrichtungen. Nicht nur das wüste Auftreten und die Ausschreitungen dieser Elemente, sondern allein schon das Programm der Union machen ein Zusammengehen mit ihr unmöglich. Die Richtlinien dieser Unionisten sagen schwarz auf weiß unter Punkt 4 folgendes: „Die nächsten Aufgaben der Union sind: Die **Zertrümmerung der Gewerkschaften und der politischen Parteien**, dieser Haupthindernisse für eine Einigung der proletarischen Klasse und für die Fortentwicklung der sozialen Revolution, die **keine Partei- oder Gewerkschaftssache sein kann.**" Kann es noch deutlicher gesagt werden? Wäre es nicht Wahnsinn, Menschen mit solchen Zielen Einfluß auf die Entschlüsse der Gewerkschaften zu gestatten? Die Selbsterhaltung der Arbeiterschaft, die Sicherung ihrer gewerkschaftlichen Organisationen gegen Zerstörung machen es notwendig, jede Gemeinschaft mit dieser Bewegung abzulehnen.

Der Generalstreik hat aber auch noch einen anderen schweren Fehler offenbart, mit dem die Arbeiterschaft bisher nicht rechnete und der sich im Interesse des Erfolges derartiger Kämpfe ebenfalls nicht wiederholen darf. Wir meinen die **Stillegung der Arbeiterpresse.** Es ist ja leider so, daß die Arbeiterschaft erst immer den bitteren Weg der Erfahrung gehen muß, um sich über ihre Fehler klar zu werden. So gut es unter Umständen gedacht ist, im Generalstreik alle Hände ruhen zu lassen, so schädlich und unsinnig ist es, auch die Kampfeinrichtungen der Arbeiterschaft lahmzulegen. Besonders gilt das für die Zeitung, die die Oeffentlichkeit über die Ziele des Kampfes aufzuklären und den Marschkolonnen der Arbeiterschaft einen einheitlichen Willen und die Richtung zu geben hat. So lebenswichtig für die Allgemeinheit z. B. die Weiterführung einiger öffentlicher Einrichtungen ist, so notwendig ist auch für die Durchführung eines Arbeiterkampfes die Arbeiterpresse. Wohl noch niemals ist die „Volksstimme" von der Arbeiterschaft so vermißt worden, wie am ersten Streiktage, wo es ganz besonders darauf ankam, die aus den Betrieben herausgegangene Arbeiterschaft mit den erforderlichen Parolen zu versehen. In anderen Orten hat man die schweren Fehler, die sich aus der Unterbindung der Arbeiterpresse in solchen Kämpfen ergeben, schnell eingesehen, und es ist wohl zu hoffen, daß das auch hier der Fall ist, um so mehr, als die Herausgabe der „Volksstimme" während des Generalstreiks selbst von mehreren Mitgliedern der kommunistischen Parteileitung als dringend notwendig gefordert wurde.

So ergeben sich aus dem hinter uns liegenden Generalstreik zahlreiche Nutzanwendungen für die Zukunft. Jeder Gewerkschaftler wird sich, wenn er den Erfolg der kommenden Kämpfe sichern will, diese Lehren zu eigen machen müssen. Geschlossenes Zusammenstehen und Handeln aller einsichtigen und verantwortungsbewußten Gewerkschaftsfunktionäre, Kaltstellen aller Radauhelden und Provokateure, die die Stoßkraft der Arbeiterbewegung schwächen, darauf kommt es zukünftig an. Der Unternehmerschaft konnte bereits diesmal trotz aller ersten Schwächen und Fehler eine harte geschlossene Front entgegengestellt werden. Sorge jeder dafür, daß die Front bei den in einzelnen Industrien sich ankündenden weiteren Kämpfen noch fester unter zielbewußter gewerkschaftlicher Leitung steht, dann, aber auch nur dann, ist die Gewähr gegeben, daß die Arbeiterschaft Sieger sein wird.

Steegen. Großfeuer. Bei dem Hofbesitzer Jäger in Steegen-Abbau brach ein Großfeuer aus, das sehr großen Schaden verursachte. Das Feuer wurde durch die Funken einer Lokomobile verursacht. Ein Stall, eine Scheune, ein großer Teil der Ernte und mehrere Stück Vieh fielen den Flammen zum Opfer. Das Wohnhaus konnte gerettet werden, da der Wind die Flammen von ihm fern hielt. Der verursachte Schaden ist nur zum geringen Teil durch Versicherung gedeckt.

Aus dem Osten.

Marienburg. Pferdeschweifdieb. Während ein Landstreicher bei dem Besitzer Wonka Pestlin 22 Pferden und beim Besitzer Grunenberg daselbst fünf Pferden die Schwänze abschnitt, stahlen andere dem Besitzer Flier in Losendorf einen wertvollen Herdbuchbullen und ließen die Hälfte des alsbald geschlachteten Tieres liegen.

Elbing. Kein Vertrauen zur Technischen Nothilfe. Die Versorgung Elbings mit elektrischer Energie wird durch den Streik bei Komnick stark beeinträchtigt, denn dieses Werk lieferte den größten Teil des Stromes. Der Magistrat wollte deshalb die Technische Nothilfe einsetzen, womit Komnick nicht einverstanden ist. Es fehle auch an Kohlen. In Wirklichkeit will das Werk die großen Anlagen der Technischen Nothilfe nicht anvertrauen, nach den Erfahrungen, die man im Vorjahre mit einer dreiwöchigen Tätigkeit der Nothilfe in diesen Anlagen gemacht hat.

Elbing. Eine „freundliche" Hauswirtin ist die Händlerin Lina Laschke, die vor dem Schöffengericht wegen Nötigung und Hausfriedensbruches angeklagt war. Bei der L. wohnt eine Frau, die die L. gern aus der Wohnung haben möchte. Am 8. Mai d. Js. drang die L. bei der H. ein, hob Fenster und Türen aus. Einer polizeilichen Aufforderung, Fenster und Türen wieder einzuhängen, leistete die L. nicht Folge. Einem bei ihr erscheinenden Polizeibeamten wies die L. die Türe und äußerte: „In meinem Hause bin ich selbst Polizei!" Der Beamte mußte Gewalt anwenden, um wieder bei der H. Fenster und Türen einhängen zu können. Die Laschke erhielt 6 Wochen Gefängnis ohne Strafaussetzung.

Königsberg. Ein Seekabel Libau—Königsberg? Die Hauptverwaltung der Post und des Telegraphen hat laut „Rigaer Rundschau" dem Ministerkabinett den Entwurf einer neuen Drahtverbindung mit Westeuropa vorgelegt. Nach diesem Entwurf ist geplant, Libau und Königsberg durch ein Seekabel zu verbinden. Deutschland, das von diesem Plan in Kenntnis gesetzt worden ist, habe ihm seine volle Zustimmung erteilt und sei bereit, die Hälfte der auf 60 Millionen Rubel veranschlagten Kosten der Kabellegung zu bestreiten. Es werde, falls das Projekt in Lettland angenommen werde, seinen Anteil an den Ausgaben in den nächsten Staatshaushalt einstellen.

Swinemünde. Zahlungsunfähig. Der Swinemünder Magistrat veröffentlicht folgenden Beschluß: „Die Stadt ist nicht in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen und muß sich daher für zahlungsunfähig erklären. Durch die Stadthauptkasse können nur noch Zahlungen für solche Zwecke stattfinden, für die das Reich bezw. der Staat eigene Mittel überweisen." In einer nicht öffentlichen Sitzung der städtischen Körperschaften wurde dieser Beschluß des Magistrats erörtert. Ein Beigeordneter und ein Stadtrat haben sich nach Berlin begeben, um im Finanzministerium vorstellig zu werden.

Warschau. Schweres Eisenbahnunglück. Bei der Ausfahrt in Lida fuhr ein Personenzug in der Nacht vom 22. zum 23. d. Mts. infolge falscher Weichenstellung auf das gesperrte Hauptgleis, wo er auf Schotter stieß, der für die Ausbesserung der Brücke angefahren war. Die Lokomotive und fünf Wagen entgleisten und wurden zerstört. Dabei wurden zwei Personen getötet und elf verwundet, darunter drei vom Zugpersonal. Der Zug selbst wurde nach Warschau über Baranowice und Wolozysk geleitet.

Aus aller Welt.

Absturz eines Wasserflugzeuges. In Pisa ist das für Argentinien bestimmte Wasserflugzeug unter Führung des Argentiniers Miguel Palacio, mit dem deutschen Mechaniker Tomberk, dem argentinischen Leutnant Tanni und dem Piloten Meyer an Bord, während eines Probefluges über den Alpen abgestürzt. Der Apparat ist fast ganz gesunken. Palacio ist schwer verwundet, die drei anderen Insassen sind ertrunken.

Wegen ein paar Kartoffeln totgeschlagen! In Derheim bei Darmstadt fragte ein Erwerbsloser, der Vater mehrerer Kinder ist, bei den Landwirten nach Kartoffeln. Da er aber überall abgewiesen wurde, ging er aufs Feld, um sich einige Pfund für seine hungernden Kinder selbst aufzumachen. Der Besitzer des Grundstücks kam hinzu und schlug kurzerhand dem Armen mit einer Hacke derart auf den Kopf, daß er an den Folgen des Schlages verschied. Als die Kunde von diesem brutalen Totschlag nach dem benachbarten Oppenheim gelangte, bemächtigte sich der Arbeiterbevölkerung eine große Erregung. Eine größere Menge, darunter viele Erwerbslose, sammelte sich und demolierte in der Aufregung das Haus des Bruders des betreffenden Landwirts, der verhaftet wurde.

Verschollener Dampfer. Am 25. Januar 1923 war der Frachtdampfer „Hans" der Deutschen Werke nach Halmstad (Schweden) beordert worden. Da er seinen Bestimmungsort nicht erreichte, auch keinerlei Lebenszeichen der Besatzung an die Angehörigen gelangten, muß angenommen werden, daß der Dampfer einem Unglück zum Opfer gefallen ist. Da auch bislang keine Wrackstücke antrieben, ist der Dampfer „Hans" jetzt vom Flensburger Seeamt für verschollen erklärt worden. Die Besatzung bestand aus fünf Mann.

Ein rabiater Liebhaber. In Reichenbach wurde vor einigen Tagen eine Gutsbesitzertochter und sodann ihre Mutter vom Liebhaber erschossen, weil die Tochter durch ihren Vater anderweitig verheiratet werden sollte. Der Mörder, ein junger Gutsbesitzer, entkam, hält sich aber immer noch in der Gegend auf und trotzt den Bemühungen, ihn zu ergreifen. Er ist stark mit Waffen ausgerüstet, fährt mit dem Rad umher und hat gedroht, vorerst noch den Vater zu erschießen. Am hellen Tag betritt er die Ortschaften, ohne daß er von den erschreckten Einwohnern, die er mit seiner Waffe bedroht, ergriffen wurde. Bei der Beerdigung mußten umfangreiche polizeiliche Maßnahmen zur Ueberwachung des Friedhofes getroffen werden.

Sieben Personen an Pilzvergiftung gestorben. In Peine sind etwa 25 Personen an dem Genuß des giftigen Knollenblätterschwammes schwer erkrankt. Sieben davon sind dem tödlichen Gift bereits zum Opfer gefallen. Der Wirt der Härkeschen Bierstube, Schulze, der erst vor wenigen Wochen die Wirtschaft übernommen und ahnungslos seinen Gästen die giftigen Pilze vorgesetzt hat, ist ebenfalls ein Opfer dieser Tragödie geworden. Eine Lehrerin, die zufällig an jenem Tage in der Härkeschen Bierstube zu Mittag aß, fiel gleichfalls dem Gift zum Opfer. Weitere Mittagsgäste, die auswärts wohnen, schweben ebenfalls zwischen Leben und Tod. Nicht besser ergeht es mehreren Peiner Einwohnern, die an jenem Unglückstage dort gegessen haben. Die Urheberin dieses Unglücks, eine Frau Zimmermann, ist mit ihren zwei Kindern an dem Gift bereits gestorben.

Festnahme eines lange gesuchten Verbrechers. Von der Ueberwachungsstelle der Oberpostdirektion Düsseldorf ist der noch nicht 20 Jahre alte Kunstschlosser Heinrich Schoop von hier festgenommen worden, der monatelang nachts Briefkästen erbrochen und ihres Inhalts beraubt hat. Die von den Briefen abgerissenen Marken verkaufte er. Von den in den Briefen befindlichen Verrechnungsschecks entfernte er mit chemischen Mitteln die Verrechnungsstempel und ließ die Schecks durch Mittelspersonen bei Banken zur Einlösung vorzeigen; in vielen Fällen wurden die Schecks anstandslos ausgezahlt. In den Briefen vorgefundene erste Rechnungen versah er mit einem Stempelaufdruck, der um sofortige Bezahlung bat, und zog die Beträge gegen Quittungsleistung ein. Dem Verbrecher sind schätzungsweise 100 Millionen in die Hände gefallen. Bei seiner Festnahme besaß er keinen Pfennig.

Versammlungs-Anzeiger

Anzeigen für den Versammlungskalender werden nur bis 9 Uhr Morgens in der Geschäftsstelle, Am Spendhaus 6, gegen Barzahlung entgegen genommen. Zeilenpreis 36 000.— Mk.

Metallarbeiter-Verband. Alle Verbandsfunktionäre, Sonnabend, den 25. 8., 5 Uhr nachmittags, Heveliusplatz 1/2, Saal 70: Dringende Sitzung. Es haben nur Verbandsfunktionäre Zutritt. Buch und Ausweiskarte vorzeigen.

Freie Turnerschaft Danzig. Heute, Sonnabend, den 25. 8., Versammlung der Fußballer um 7½ Uhr im Jugendheim, Gewerkschaftshaus, Heveliusplatz, Zimmer 73. Erscheinen eines jeden Spielers ist dringend notwendig. (10561

Verein Arbeiter-Jugend Danzig. Sonnabend, abends 8 Uhr, Heumarkt: Treffen zur Nachttour nach dem Schloßberg. (f

Allgemeiner Gewerkschaftsbund der Freien Stadt Danzig. Delegiertenversammlung am Montag, den 27. August, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshause, Heveliusplatz 1/2, Zimmer 70. (10562

Vertrauensmänner der Danziger Werft, Abt. M. N. und M. K. Dienstag, den 28. 8., 3¼ Uhr nachmittags: Vertrauensmännerversammlung, Heveliusplatz 1/2, Saal 70.

Bei Gicht, Rheuma, Ischias hat sich Togal wegen seiner harnsäurelösenden Wirkung hervorragend bewährt. Aerztlich lobend begutachtet! Ein Versuch liegt im eigensten Interesse. In allen Apoth. Best. 64,3% Acid. acet. salic., 0,46% Chinin, 12,6% Lithium ad 100 Amylum

---

Die Tat des Dietrich Stobäus

49) **Roman von Max Halbe.**

„Natürlich!" nickte sie. „Das muß man doch auch. Ich glaube, es gibt keinen, der das Leben so lieb hat wie ich."

„Also, was die Kartenlegerin mal prophezeit hat, das ist glücklich vergessen?" forschte ich, ein wenig lauernd.

„Warum erinnern Sie mich daran!" schmollte sie und hielt sich einen Augenblick die Ohren zu, um dann an ihrem Apfel weiterzuknabbern. „Ich habe ja noch etwas Zeit bis dahin. Ich will mein Leben noch genießen, so lange es geht."

Ich ließ meine Augen wieder beobachtend auf ihr ruhen.

„Ich finde, du hast etwas Reifes, etwas Nachdenkliches bekommen in den Monaten, da das Fräulein auswärts war, wer weiß wo?"

Sie nickte versonnen vor sich hin, während wieder ein kleiner Seufzer ihren Busen hob.

„Das kommt mal so. Vielleicht habe ich doch vorher aus Erfahrung gesprochen. Vielleicht habe ich auch mal mein Herz entdeckt und jetzt liegt es da."

„Also erzähle!" bat ich mit einer Miene ruhiger Heiterkeit, unter der ich mich innen etwas zusammenkrampfte.

Sie sah mich zunächst an, schien noch zu schwanken.

„Ich weiß nicht, soll ich, soll ich nicht? Aber Sie sind doch mein Freund. Sie verstehen mich so gut wie keiner. Ihnen kann ich es ja sagen. Ja, ich habe mich verliebt gehabt."

„Bist es noch?" fuhr ich heraus, faßte mich aber sogleich und lächelte wieder. „Sprich nur weiter. Also verliebt gewesen?"

„Nicht mehr. Das ist vorbei. Deshalb bin ich auch wieder zu Ihnen gekommen. Die Liebe ist doch etwas Verrücktes, nicht?"

„Weißt du es jetzt auch? Hast du es mal am eigenen Leibe erfahren? Und das alles für Herrn Adalbert Hempel?"

„Ach der! Der Mädchenjäger ... Nein! Ein ganz anderer. Ich habe ihn damals auf dem Schützenhausball zuerst getroffen. Sie kennen doch den Rittergutsbesitzer von Swinsky, nicht?"

Der edle Pole mit dem gewichsten Schnurrbart und den Augen voll ritterlicher Melancholie! Allerdings! Den kannte ich. Flüchtig vom Sehen. Hatte ein paarmal in größerer Gesellschaft mit ihm gesprochen. Ein weicher, müder, verwöhnter Adonis, wie aus dem Märchen geschnitten, mit langen, schwarzen, seidenen Wimpern und gelockten Brauenbogen. Also der war es! Der hatte ihre Phantasie entzündet, ihr Blut erhitzt. Um eines solchen Nebenbuhlers willen hatte ich monatelang im Krampf gelebt. War es nicht zum Lachen? Und während noch einmal, gleichsam in abgekürzten Schriftzeichen die Geschichte meines Leidens und meiner Qual an meiner Seele vorüberzog, lauschten meine Ohren dem Bericht des blonden Herzchens an meiner Seite, und meine Miene lächelte unbefangen dazu. Ein Herzchen, das in aller Harmlosigkeit und Kindlichkeit seinem Opfer erzählte, wie es selbst wiederum das Opfer eines Herzensdiebes geworden. Tolle Bocksprünge, die das Leben macht! Und wir stehen dabei, sehen belustigt zu und merken kaum, daß es unsere eigenen zuckenden Gliedmaßen sind, an denen der Spaß sich abspielt!

So also war es geschehen. Stephan von Swinsky war der Glückliche, dem ihr flatterhaftes Herz zugeflogen war. Sie wußte selbst nicht, wie es gekommen, wie alles so schnell sich hatte begeben können. Ganz von Sinnen war man gewesen! Als hätte man einen Trank genommen! Oder die Augen, die so in die Ferne gingen, als suchten sie irgendein verlorenes Glück und könnten es nicht wiederfinden. Vielleicht auch die prallen Reithosen mit den gelben Stulpstiefeln. Oder die weiche Stimme, die so bestrickend schmeicheln, so inständig zu bitten wußte: „Komm den Sommer mit nach Schaczewo, aufs Gut!" Diese Stimme, schmelzende Stimme! Und die Augen mit der ganzen Melancholie des Polentums! Ueberhaupt das feurige, ritterliche Polentum, von dem sie auch etwas in ihren Adern rollte, mütterlicherseits bekanntlich, von jenem berühmten polnischen Oberhaupt her, dessen Name ihr leider entfallen war.

Ach, ein schöner, kurzer, unvergeßlicher Traum, dieser Sommer da draußen auf dem Gut, immer zu Wagen oder zu Pferde oder im Park bei den Rosenbeeten!

Und jetzt war es vorbei. Schluß mit dem Rausch! Ein Ende des Traums! Man mußte in die Wirklichkeit zurück, sie wieder ins Engagement, da die Winterspielzeit begann, er in irgendeine reiche Vernunftheirat hinein, denn die Swinskis hatten Schulden wie Heu, ja noch mehr als Heu, und Schaczewo war bis unter die Dachsparren mit Hypotheken gespickt.

„Und wann feiert ihr Abschied?" fragte ich, als die Beichte mit einem Anflug, halb der Erleichterung, halb der Reue, geendet war. „Es muß doch [illegible] gefeiert werden?"

„Den haben wir hinter uns. Draußen auf dem Gut. Was denken Sie denn? Wir werden uns doch nicht hier in der Stadt zusammen zeigen, wo jeder uns kennt."

Ich mußte aus irgendeinem Grunde heraus wieder unwillkürlich lächeln und wiegte den Kopf.

„Und wenn nun die Braut von der Geschichte erfährt?"

„Das wird sie schon nicht. Dafür ist gesorgt. Ich bin ja zum Schein in der Nachbarschaft, nicht auf dem Gut selbst, zu Besuch gewesen. Und wenn ... dann macht es nichts. Was vor der Hochzeit gewesen ist, dafür bekommt er Verzeihung."

„Und was nachher geschieht?" fragte ich, indem ich sie scharf aufs Korn nahm.

„Ausgeschlossen!" versicherte sie hastig, dabei ganz leicht errötend, und wandte, wie um es zu verdecken, den Kopf zur Seite. „Ausgeschlossen! Wir haben uns geschworen, uns nie wiederzusehen. Sowas hält man doch. Vorgestern war die Hochzeit draußen in Schaczewo im Schloß. Sie können mir glauben, es ist alles aus. Ich bin ganz frei."

Sie hatte mir wieder ihr Gesicht zugekehrt, jetzt mit einem Ausdruck so glaubwürdiger Ehrlichkeit und überzeugender Unbefangenheit, daß alle mein Herz bedrängenden Zweifel und Bedenken wie das Eis an der Märzensonne dahinzuschmelzen begannen.

„Jetzt bin ich also wieder da und zu Ihrer Verfügung," begann sie nach einem Augenblick von neuem, in einem Ton, der zwischen reumütiger Unterwerfung und neckhafter Erhebung seltsam in der Mitte klang. „Aber ich weiß ja gar nicht, ob Sie mich wiederhaben wollen?"

Ich zuckte mit den Achseln und lachte aus dunkler Bitterkeit auf.

„Ob ich dich wiederhaben will?!"

Sie schien ein Weilchen nachzudenken, betroffen wohl von dem Ton meines Ausrufs. Dann schüttelte sie den Kopf und sagte:

„Ja, es scheint wirklich, als wenn wir nicht auseinanderkommen sollen. Es gibt ja schließlich schönere Männer, als Sie sind. Das müssen Sie zugeben. Und doch muß ich immer wieder zu Ihnen zurück! Wie mag das zusammenhängen?"

„Frage die Götter, mein Schatz. Vielleicht ist irgendein Gesetz über uns, das uns zwingt."

Sie schien sehr ernsthaft vor sich hinzusinnen. Plötzlich zuckte es in ihrem Gesichte auf. Ein kurzes, furchtsames Erinnern spähte aus dem Blick, mit dem sie mich überflog.

(Fortsetzung folgt.)

Papiergeld.

Von Ernst Edgar Reimerdes.

Obwohl man schon in früherer Zeit dem Metallgeld, nicht zuletzt seiner Haltbarkeit wegen, meist den Vorzug zu geben pflegte, so hat man doch daneben bereits vor Jahrhunderten Papiergeld in Umlauf gesetzt, das durch Gold- und Silbermünzen und -Barren voll oder wenigstens zum Teil gedeckt war. Die merkwürdige Tatsache, daß die Banknoten eines Landes über ihren Nennwert hinaus gedeckt sind, besteht zurzeit in Nordamerika, das zwei Drittel des Goldbestandes der Welt an sich gerafft hat und förmlich im Gold erstickt. Die Anfänge des Papiergeldes liegen weit zurück. Im alten Karthago wurde nach Beendigung des 2. Punischen Krieges (218 bis 201) eine Art Papiergeld ausgegeben.

In Europa erschien das erste Papiergeld, das nach Goethes Ausspruch eine Erfindung des Teufels ist, im Jahre 1482. Damals, als die Herrschaft der Mauren in Granada unter Mulay Abul Hasan bereits durch die Spanier schwer bedroht war, gelang es diesen, die alte Feste Alhama nebst den einträglichen Schwefelbädern in ihren Besitz zu bringen. Um den wertvollen Platz, aus dem der Kalif jährlich einen Reingewinn von 500 000 Dukaten bezog, zurückzugewinnen, machten die Mauren die größten Anstrengungen. Als nun der Festungskommandant und Gouverneur von Alhama, Don Inigo Lopez de Mendoza, Graf von Candilla, dem König Ferdinand von Spanien und Isabella nicht genügend Geldmittel zur Verfügung stellten, weil in den Staatskassen wieder einmal Ebbe herrschte, sich vor die Notwendigkeit gestellt sah, selbst für den Sold der mit Meuterei drohenden Soldaten zu sorgen, kam er auf den Gedanken, eine Art Papiergeld zu schaffen. Mit laufenden Nummern versehene, kleine Papierstücke, die auf der einen Seite die Wertangabe, auf der anderen die eigenhändige Unterschrift des Kommandanten enthielten, wurden den Soldaten an Stelle von Bargeld übergeben. Diesem Papiergeld verlieh Mendoza unter Androhung schwerer Strafen Zwangskurs, so daß nicht nur die Garnison, sondern auch die Bürgerschaft es in Zahlung nehmen mußte. Mit dieser Maßregel erreichte er vollauf seinen Zweck, zumal er feierlich gelobt hatte, für die Einlösung dieser „Noten" in Metallgeld Sorge tragen zu wollen. Er hielt sein Wort, und niemand erlitt bei der Sache Schaden. Dies spanische Papiergeld blieb jedoch lange Zeit ohne Nachfolger; erst seit der Mitte des 17. Jahrhunderts kann man von einer eigentlichen Einführung von Banknoten in Europa reden. Die Bank von England, die 1694 ins Leben gerufen wurde, machte den Anfang mit der Herausgabe von Noten.

Zu Beginn des 18. Jahrhunderts verwandelte Frankreich die von dem Schotten Law begründete Generalbank in eine Staatsbank, die jedoch im Mai 1720 zusammenbrach, nachdem sie über drei Milliarden Franken Banknoten herausgegeben und den Besitz von Metallgeld verboten hatte. Das älteste Papiergeld war in einfachem Buchdruck ausgeführt, da das Wasserzeichen, die eigenhändige Unterschrift der Bankbeamten nebst Siegel bzw. Trockenstempel im Anfang genügend Schutz gegen Nachahmung gewährte. Seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts erfolgte die Herstellung des Papiergeldes in Kupferstich; man verwendete nun auch mehr Sorgfalt auf die künstlerische Ausführung der Scheine, die damals schon vielfach nachgeahmt wurden. Um Fälschungen zu erschweren, wendet man heute oft gleichzeitig Buch-, Kupfer- und Steindruck an, außerdem benutzt man eigenartiges Papier mit raffinierter Musterung. Der hohen Kosten wegen werden unsere Banknoten lange nicht mehr so sorgfältig ausgeführt, wie vor dem Kriege, was ihre Nachahmung erheblich erleichtert.

Ein besonderes Schicksal war dem Papiergeld der französischen Revolution beschieden. 1789 hatte man 400 Millionen Livres Assignaten, Anweisungen auf die geistlichen Güter, in Umlauf gesetzt, die bis zum Februar 1796 auf 45 578 Millionen anwuchsen. Zahlreiche von England aus eingeschmuggelte falsche Assignaten trugen noch zur Vergrößerung dieser Summe bei. Infolge der Unsicherheit der Einlösung verlor dies Papiergeld immer mehr an Wert, es galt schließlich nur noch ein Achthundertdreiunddreißigstel des Nennwertes in Metall, wodurch zahlreiche Menschen ungeheuren Schaden erlitten und viel Not und Elend entstand. Der Entwertung des Papiergeldes versuchte man durch Festsetzung von Höchstpreisen für alle Waren zu begegnen, hatte aber damit keinen Erfolg. Um der allgemeinen Zerrüttung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu steuern, setzte man im Februar 1796 die Assignaten außer Kurs und tauschte sie zu einem Dreißigstel ihres Nennwertes gegen neues Papiergeld, sogenannte Territorialmandate, um, von denen man sofort 1400 Millionen herausgab. Aber auch die Mandate fielen schnell; sie wurden zuletzt nur noch mit einem Viertausendstel ihres Nennwertes von den öffentlichen Kassen in Zahlung genommen. Da auch unser Papiergeld zweifellos in absehbarer Zeit eingezogen werden wird, kann man nur wünschen, daß es ihm nicht so ergeht, wie den französischen Assignaten und Mandaten.

Um was geht es?

Wer vertritt im politischen und wirtschaftlichen Kampf die Rechte und Interessen der Besitzlosen?

Wer fordet eine planmäßige Ordnung der kapitalistischen wilden Wirtschaft? Wer ist der energischste Feind des Wucher- und Schiebertums?

Wer kämpft unermüdlich gegen die bürgerliche Klassenjustiz, für gründliche Strafrechtsreform und volkstümliche Rechtspflege?

Die sozialdemokratische Presse!

Wer unterstützt uns in diesem schweren Ringen? Jeder Leser, jede Leserin! Unsere Kampfkraft wurzelt in der Anhängerschaft und Lesermasse, die hinter uns steht. **Jeder neue Leser ist eine Steigerung unserer Kraft!** Wer darum helfen will, die Leiden des arbeitenden Volks zu mildern, reaktionäre Gefahren zu bannen und eine bessere Zukunft vorzubereiten, der werbe Leser für die

„Danziger Volksstimme"

Wirtschaft, Handel und Schiffahrt.

Ein Gradmesser der Vermögenszusammenballung. Es steht wohl außer Frage, daß der Besitz an Kraftwagen für den Personenverkehr in gewissem Sinne maßgebend für den Wohlstand oder wenigstens für die Anwendung des Kapitals ist. Ein Vergleich der Vorkriegszahlen mit den letzten, für 1922, vorliegenden Statistiken zeigt in Deutschland ein ganz gewaltiges Anschwellen der im privaten Besitz befindlichen Automobile, und es ist besonders die enorme Steigerung seit 1921 augenfällig. Nach der letzten Bestandsaufnahme entfällt auf 720 Personen in Deutschland ein Personenwagen und auf rund 360 Personen ein Kraftfahrzeug, so daß insgesamt auf je 666 Einwohner in 1922 ein Wagen entfällt gegen 1188 in 1914! Vor allen Dingen ist der private Bedarf von 1921 auf 1922 ganz enorm gestiegen, d. h. um 43,2 Prozent! Die Vorkriegszeit wird um rund 18 500, d. h. um zirka 30 Prozent, überschritten. Hierin kommt der Inflationsgewinn gewisser Kreise zum Ausdruck. Berlin steht hinsichtlich der Zunahme der privaten Wagen an der Spitze. In Berlin kommt schon auf 220 Einwohner ein Auto, und in Hamburg sogar auf 200 ein Wagen. Trotz der größeren Bevölkerungsdichte der Industriegebiete Westdeutschlands entfällt dort nur auf je 520 Personen ein Wagen.

Eine Billion Mark gleich einer Mark. Das ist eine unwahrscheinliche Rechnung, selbst zu einer Zeit, wo man sich daran gewöhnt hat, über den Dollar in Millionenzahlen zu reden. Und doch findet sie sich vor, und zwar in der Bilanz des großen Alkohol-Konzerns Rückforth. Während sonst die Aktiengesellschaften sich über den Markwert der Beteiligungen, die sie an andern Unternehmungen besitzen, ausschweigen, teilt der Rückforth-Konzern anläßlich seiner neuen Kapitalerhöhung mit, daß seine Beteiligungen an den Konzern-Gesellschaften zurzeit einen Kurswert von weit mehr als 1 Billion Mark darstellen. Man hofft in der Bilanz von Ende Dezember d. J. diesen Wert mit einer Mark einsetzen zu können. Die Fabrikanlagen sind jetzt bereits auf 1 Mk. abgeschrieben. Diese Mitteilungen zeigen, wie gewaltige Reserven sich manche Industriekonzerne dadurch schaffen, daß sie ihre hohen Sachwerte nur noch dem Namen nach als Vermögen aufführen, ihnen aber keinen Bilanzwert beimessen.

Argentinisches Vieh auf dem Berliner Viehhof. Da der Viehauftrieb auf dem Berliner Zentralviehhof in der letzten Zeit sehr nachgelassen hat, schritt man zur Einfuhr lebenden Viehs aus Argentinien. Vom ersten Transport wurden einige Rinder auf dem Viehhof zum Verkauf gestellt. Bei Besserung der Valutaverhältnisse dürfte die Einfuhr weiter ausgedehnt werden.

Die günstigen Ernteaussichten in Polen. Auch die neueren Meldungen bestätigen, daß die diesjährige Ernte in Polen günstiger ist, als die im vorigen Jahre. Auch durch die Zunahme der Anbaufläche dürfte ein Mehrertrag gesichert sein. Nach einer vom polnischen Statistischen Amt im Juni angesichts der damals ungünstigen Witterungsverhältnisse mit großer Vorsicht vorgenommenen Einschätzung wurden die Aussichten für Brotgetreide und Wurzelpflanzen als über mittel, die Wintersaaten sogar fast gut bezeichnet. Das günstige Wetter im Juli läßt eine weitere wesentliche Besserung des Erntestandes erwarten.

Polens Außenhandel. Der polnische Außenhandel weist in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres eine bedeutende Zunahme auf, und zwar hat die Einfuhr von Bedarfsartikeln und vor allem an Lebensmitteln im Vergleich zum Vorjahre abgenommen, dagegen sich die Einfuhr von Rohstoffen gesteigert. In der Ausfuhr stehen an erster Stelle Halbfabrikate, an zweiter Fertigwaren, an dritter Rohstoffe. Besonders stark zugenommen hat die Ausfuhr von Erdöl und Erdölerzeugnissen (um 5000 Prozent), von Webwaren (um 900 Prozent), Holz (um 400 Prozent), Leder und Lederwaren (um 200 Prozent). In der Gruppe der Rohstoffe hat am meisten die Ausfuhr von Bau- und Brennholz und von Zement zugenommen.

Abbau der Metallindustrie in Rußland. Das Präsidium des Obersten Volkswirtschaftsrates beabsichtigt, die großen Putilow-Metall- und Maschinenbau-Werke in Petersburg endgültig stillzulegen, deren Produktionsfähigkeit nicht voll ausgenutzt wird. Diesem Plane treten die Petersburger Wirtschaftsbehörden energisch entgegen, indem sie geltend machen, die Schließung der Putilow-Werke würde den Beginn des Abbaues der Petersburger Metallindustrie bedeuten. Ihr Verfall im Jahre 1922 sei in erster Linie auf die mangelhafte Belieferung mit Roheisen und Halbfabrikaten zurückzuführen; das laufende Jahr habe eine Besserung gebracht und eine größere Zuteilung von Aufträgen durch die Staatsorgane würde die Putilow-Werke auf eine festere finanzielle Basis stellen.

Die Oelfeuerung in der Weltschiffahrt gewinnt immer mehr an Ausdehnung. Das zeigt auch ihre Einführung und Entwicklung in Japan. Ende 1922 gab es dort 41 Schiffe mit 288 980 Tonnen, die Oelfeuerung besaßen. In den letzten Monaten erhielten weitere 45 Dampfer mit 375 895 Tonnen Oelfeuerung.

Der Nachahmung empfohlen. Der Sturz der Mark hat auch unsere Parteiorganisationen fast an den Rand des Verderbens gebracht. Der Not gehorchend richtete der Bezirksvorstand von Niederschlesien einen Appell an seine Mitglieder, einmalig einen Stundenlohn an die Bezirkskasse abzuführen und den Parteiapparat für den gegenwärtigen schweren Kampf dadurch über Wasser zu halten. In bewundernswerter Weise sind die Genossen des Bezirks diesem Notschrei nachgekommen. Die Sozialdemokraten der „Görlitzer Maschinenbauanstalt" haben z. B. bis jetzt 69 Millionen Mk. der Bezirkskasse zugeführt. Die Listen weisen Beträge von 100 000 bis 500 000 Mark auf. — Dieses Beispiel der finanziellen Hilfeleistung für die Partei ist nicht nur lobend anzuerkennen, sondern bedarf im allgemeinen Interesse unserer Organisation der Nachahmung.

EMPFEHLENSWERTE HÄUSER IN ZOPPOT UND DANZIG

KASINO ZOPPOT (Freistaat DANZIG) **Das ganze Jahr geöffnet!**

Zentral-Hotel Zoppot
Erstklassige Küche — Erstklassige Küche
Kapelle Paddany
Im Garten: Konditorei „Elite"
Abends: Gesellschaftstanz
W. Napierala

Geschäftliche Rundschau mit Dauerfahrplan
Musterschutz! — Ohne Gewähr!
(L) **Dampferverbindung**
Swinemünde—Zoppot—Pillau und zurück.
Montag u. Donnerstag 6⁴⁵ ab Swinemünde an 8⁴⁵ Donnerstag u. Sonntag
Dienstag u. Freitag 11¹⁵ an Zoppot ab 3⁴⁵ Mittwoch u. Sonnabend
12¹⁵ ab Zoppot an 3¹⁵
Dienstag und Freitag 4⁴⁵ an Pillau ab 11¹⁵ Mittwoch u. Sonnabend

Der Kenner
trinkt nur
Springer-Liköre
hergestellt von
Gustav Springer Nachflg., G.m.b.H., Danzig

Modellhaus Nothhaft
Stets neueste Pariser und Wiener Modelle
in Kleider, Kostüme und Mäntel

Mazurka - Zoppot
Direkt.: Adolf Karnbach
Vornehmstes Weinhaus am Platze
Kapelle Roberto u. Charly
Tanz u. Kabarett
Stimmung
Kaltes Büfett — American Bar

Hotel Reichsadler
ZOPPOT
Inh.: Franz Albrecht
Telefon 195
Guter Mittagstisch
Reichhalt. Abendkarte
Gepflegte Getränke

Unsere Mehlhandlung An der Großen Mühle Nr. 7
liefert Qualitätsmehle: Weizenmehle, Roggenmehle, Weizengrieß, ferner alle Futtermittel
H. Bartels & Co., G. m. b. H., Große Mühle

G. Valtinat, Dampfmolkerei
Danzig-Langfuhr
Beste u. billigste Bezugsquelle f. Schmalz, Margarine, Käse
Filialen in allen Stadtteilen

Tuchhaus Schmiedegasse 4
Siegfried Friedländer
Herren-, Damenstoffe

FÜHRENDE HÄUSER DES DANZIGER GROSSHANDELS

„Sativa"

Spezialität: Polnische Kleesaaten, Wicken, Lupinen, Peluschken

Schwedisch-Danziger Saathandels A.-G.

Telegramme: „SATIVA"
Briefadresse: DANZIG
Telephon: 5909, 6083, 6885

Eigenes Lagerhaus mit Bahn- und Wasseranschluß Hopfengasse Nr. 12

Moderne Saaten-Reinigungs-Anlage

Hundegasse 119

DANZIG

Wir sind ständig Käufer von Rotklee, Gelbklee, Weißklee, Grünklee sowie Wicken u. Hülsenfrüchten

BRILLES

Julius Brilles A.-G. Schuhfabriken

Danzig, Weidengasse 35-38. Telefon 7046. · Gegr. 1856 · **Bydgoszcz**, Jagiellońska 11. Telefon 197.

Rahmengenähte Herrenstiefel. ◆ Durchgenähte und Ago-Artikel.

OTTO JOST

Danzig-Neufahrwasser

Fernsprech-Anschluß Nr. 723
Drahtanschrift: „Faßfabrik"

Faß- und Faßholzfabrik
FASS-GROSSHANDLUNG

Geschäftliche Rundschau mit Dauerfahrplan

Musterschutz! **Ohne Gewähr!**

(F)

Danziger Fernverkehr

Danzig—Konitz—Berlin und zurück.

6^{35},	10^{40},	8^{00}D,	10^{00}D	ab Danzig	an 11^{52},	11^{05},	4^{35},	8^{31}
10^{29},	4^{30},	10^{35},	4^{24}	an Konitz	ab 7^{45},	6^{05},	12^{41},	5^{29}
10^{24},	5^{34},	5^{30},	11^{10}	an Berlin (Schl.-Bahnh.)	ab 6^{33},	12^{40},	5^{49}D,	10^{52}D

Danzig—Stettin—Berlin und zurück.

6^{15}D,	7^{00},	11^{30}D,	3^{20}	ab Danzig	an 12^{00}D,	5^{54},	1^{22},	1^{38}
1^{34},	10^{02},	7^{28},	4^{52}	ab Stettin	ab 10^{30},	10^{20},	5^{30},	12^{53}
4^{25},	1^{45},	9^{25},	9^{45}	an Berlin (St. Bahnh.)	ab 6^{00},	8^{00}D,	3^{00}D,	8^{40}

Danzig—Marienburg—Königsberg und zurück.

3^{02},	6^{35},	10^{40},	1^{50},	6^{01}D,	7^{21}	ab Danzig	an 11^{05},	11^{10},	3^{11},	7^{11},	9^{42},	1^{28}
5^{35},	9^{11},	1^{25},	4^{30},	7^{22},	9^{52}	an Marienb.	ab 8^{15},	9^{55},	12^{33},	4^{32},	7^{14},	11^{06}
6^{35},	10^{06},	—	5^{56},	10^{04},	11^{52}	an Elbing	ab 7^{04},	9^{09},	11^{36},	3^{28}W,	6^{00},	9^{45}
10^{27},	1^{14},	—	9^{47},	11^{56},	—	an Königsb.	ab —	7^{33}D,	7^{48},	12^{02}W,	2^{30},	6^{06}

Bernh. Wiehler, Lion & Co.

Danzig

Brotbänkengasse 44
Telephon Nr. 3072, 5333.

□□□

Kolonialwaren-Großhandlung

PAUL FLEISCHER

Holzspedition G. m. b. H.
Danzig, Brotbänkengasse 28
Tel.-Adr.: Holzfleischer Danzig

Spedition und Lagerung von Hölzern aller Art

Hugo Birkenfeldt

HOLZ-GROSSHANDLUNG
Danzig-Langfuhr, Neuschottland 19
Telefon 3681 · Telegr.-Adr.: Holzbirkenfeldt

Aktiengesellschaft für Holzinteressen

Danzig, II. Damm 18
Telephon Nr. 3809, 3240
Lagerplatz und Sägewerk: Weichselmünde · Tel. 3715
Telegr.-Adr.: Holzinteresse Danzig

Spedition u. Lagerung v. Hölzern aller Art · Lohnschnitt

Danziger Zündwaren-Fabrik

Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Danzig, Schellmühl
Fernsprecher Nr. 221

Hansa-Sicherheits-Zündhölzer ❀ Flaggen-Hölzer

BERGFORD

Holzspeditions- und Lager-Gesellschaft
m. b. H., Danzig

Holzlagerplätze in Weichselmünde u. Strohdeich m. eigenen Gleisanschlüssen u. eigener Kaianlage

Hauptkontor: Danzig, Langgarten 47
Telegr.-Adr.: Bergford :: Telefon 344, 5601, 5557

Lagerung von Hölzern aller Art.

Maschinenfabrik

Paul Pfeiffer

Danzig, Altschottland 5-6

□□

Satt- u. [illegible]
in allen Größen
[illegible]
[illegible]

Reparaturen werden schnellstens ausgeführt

Baltische Agrar- u. Handelsgesellschaft m. b. H.

Danzig, Böttchergasse Nr. 25/27
Telefon 6461, 5161, 5163 · Tel.-Adr.: Balagra

— Import —
Getreide :: Mehl :: Tee :: Kaffee :: Reis :: Düngemittel usw.

Export aus Polen
Kartoffelmehl : Malz : Saaten : Holz

Syndikat der Holzindustriellen Danzig-Pommerellen G. m. b. H. & Co.

DANZIG

Drahtanschrift: Holzsyndikat Danzig
Hauptbüro: Danzig, Hansaplatz Nr. 3
Telefon 3871, 6897
Abt. Kaiserhafen — Telefon 3133

Spedition und Lagerung von Hölzern aller Art.

Gegr. 1844

A. L.

LINDA

Schokoladen · Pralinen
Desserts

A. Lindemann, Danzig
Sandgrube 28/29a

Speditions- und Transportgesellschaft

„VEREINIGTE SPEDITEURE"

M. B. H. DANZIG

Brotbänkengasse Nr. 26
Telefon: Nr. 314, 6436
Tel.-Adr.: „Dankro"

Spedition, Kommission, Verzollung, Lagerung, Versicherung, Inkasso

Die besten Verbindungen mit Speditionsfirmen an jedem Handelsplatz im In- und Auslande

Danziger Holzexport, Isidor Goldberger

Tel.: Notamt 6403, 6291 · Danzig, Vord. Graben 44b · Tel.-Adr.: „Dahelgo" Danzig

SILVAPOL, Holzindustrie und Handel

Krakauer Kämpe bei Danzig :: Fernsprecher Nr. 430

S. ANKER

Getreide ◆ Mehl ◆ Reis ◆ Saaten
Futtermittel ◆ Kolonialwaren
Eigene große Lagerhäuser in Danzig und Neufahrwasser.

Telefon 33, 365, 393 :: Gegründet 1871 **DANZIG** Telegramm-Adresse: »Kleieanker«

Danziger Nachrichten.

Steigende Wohnungsnot — arbeitslose Bauarbeiter.

Die im vorigen Jahr einsetzende Bautätigkeit ging in diesem Jahre auffallend stark zurück. In den letzten Monaten sind Neubauten fast gar nicht mehr in Angriff genommen und sogar begonnene Bauten (Genossenschaftshäuser und gemeindliche Siedlungsbauten) wieder eingestellt worden. Der Deutsche Baugewerksbund hat deshalb an den Senat eine Eingabe gerichtet, in der in anschaulicher Weise auf die Folgen dieses Zustandes hingewiesen wird.

Die Arbeitslosigkeit nimmt an Umfang zu, deren Folgen gar nicht abzusehen sind. Es handelt sich nicht allein um Bauarbeiter, sondern auch um die Angehörigen der Baunebengewerbe und der Baustoffindustrie. Das Baugewerbe ist vielleicht das wichtigste Schlüsselgewerbe, etwa ein Drittel der Volkswirtschaft ist vom Baugewerbe abhängig. In welchem Maße eine so große Arbeitslosigkeit auf den Gesundheitszustand der arbeitenden Bevölkerung sich auswirkt, braucht keiner näheren Erklärung.

Im Gegensatz zu dem Rückgang der Bautätigkeit ist die Zahl der fehlenden Wohnungen ständig im Steigen begriffen. Der Wohnungsmangel wächst sich immer mehr zu einer wirtschaftlichen, hygienischen und kulturellen Gefahr aus. Was auf diesem Gebiet geschah, konnte man eher als Sabotage, denn als eine Hilfe deuten. Die Zahl der fehlenden Wohnungen betrug nach einer Nachweisung des Senators Dr. Leske am 1. April 1929 7 200, die Zahl der Wohnungslosen 30 000. Zurzeit dürften diese Zahlen noch höhere sein.

Durch den Mangel an Wohnraum haben die Ueberfüllung der Wohnungen und die dadurch bedingten gesundheitlichen und sittlichen Schäden in erheblichem Umfange zugenommen. In mehreren Fällen teilen 3 oder gar 4 Familien eine kleine Wohnung, so daß in einem einzigen Raum bis zu 10 Personen schlafen und in einem Bett mehrere Personen. In vielen Fällen haben die Kinderreichen noch Einlogierer in ihre unzureichenden Wohnungen aufgenommen, um ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern. Die Gefahren, die für die Kinder in der Aufnahme familienfremder Elemente liegen, sind unübersehbar. Zu dem Mangel an neuen Wohnungen kommt noch, daß die baulichen Zustände der alten Mietshäuser sich von Monat zu Monat verschlechtern.

Es wäre daher gröbste Pflichtvernachlässigung, wenn der Senat der Wohnungsfrage gleichgültig gegenüberstehen und nicht nach besten Kräften diese allgemeine Not lindern würde. Die Arbeiterschaft hat das Gefühl, daß dem Senat der Helferwille fehlt. Es kann nicht dahin kommen, daß die Freie Stadt Milliarden ausgibt für Unterstützung Arbeitsloser, anstatt Wohnungen zu bauen. Was soll eigentlich aus den Arbeitslosen des Baugewerbes, der Baunebengewerbe und der Baustoffindustrie werden? Beschäftigt diese Frage den Senat nicht?

Die Arbeiterschaft hat auch nie einen Zweifel darüber gelassen, daß sie mithelfen will bei der Beschaffung neuer Wohnungen. Sie hat an der Ausgestaltung der Wohnungsbauabgabe emsig mitgearbeitet und sie nicht nur auf das 100fache erhöht, sondern sie ging weiter von dem Grundsatz aus: Reichtum verpflichtet, und hat die 1prozentige Lohnsteuer eingeführt. Nachdem nun die Wohnungsbauabgabe erhöht worden ist, müssen durchgreifende Maßnahmen gegen Baustoffwucher und Unternehmergewinn eingeleitet werden.

Die Arbeiterschaft weiß, daß eine in den Leistungsgrenzen gehaltene Wohnungsbauabgabe immer noch besser ist als freie Wirtschaft auf dem Wohnungsmarkt. Durch eine freie Wohnungswirtschaft würden die Mietspreise gewaltig steigen, was nur zugunsten einzelner Spekulanten sofort außerordentlich stark auf die Wirtschaft sich auswirken würde. Aber nicht nur die Wohnungen müssen gemeinwirtschaftlich verwaltet werden, gemeinwirtschaftlich muß auch der Neubau von Wohnungen geschehen. Dadurch wird wieder eine Verbilligung der Wohnungen erreicht. Soll die Wirtschaft wieder aufgebaut werden, dann muß in erster Linie das Baugewerbe im Gang bleiben. Es wäre pflichtvergessen, und müßte von der baugewerblichen Arbeitnehmerschaft mit größter Entschiedenheit bekämpft werden, wenn der Senat angesichts der Not des Baugewerbes so hinschleppend wie bisher die Wohnungsfrage behandeln würde. Unverzüglich müssen vom Senat Maßnahmen zur Belebung der Bautätigkeit getroffen werden. Jeder Tag Verzögerung bedeutet unersetzlichen Verlust an Arbeitskraft und Volksvermögen.

Auslegungskunststücke.

Vom Tabakarbeiterverband wird uns geschrieben: Am Mittwoch, den 15. d. Mts. wurden vom Tabakarbeiterverband mit der Zigarettenindustrie Verhandlungen über die Festsetzung neuer Löhne aufgrund des von den Spitzenorganisationen getroffenen Abkommens geführt. Die Betriebsleitungen hatten bereits vorgearbeitet, am Tage vorher 90 Prozent der Beschäftigten entlassen und sich dann über ein Angebot an die Arbeiter verständigt. Der Vorschlag der Unternehmer bedeutete nicht die geringste Verbesserung für die Lebenshaltung der in der Tabakindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, im Gegenteil sogar eine bedeutende Verkürzung des Realeinkommens gegenüber dem Vormonat. Die Vertreter der Arbeitnehmer lehnten dann auch das Unternehmerangebot rundweg ab und verlangten Anerkennung des von den Spitzenorganisationen getroffenen Abkommens unter Beibehaltung der bisherigen Klassifizierung. Die Unternehmer erklärten sich schließlich damit einverstanden, die Lohnverhandlungen waren beendet.

Die Arbeitgeber haben wahrscheinlich in den Verhandlungen den Goldpfennig berechnet, dabei aber nicht die Steigerung der Inderziffer in Rechnung gestellt. Dessen ungeachtet machte die Firma Yenidze-Langfuhr durch Anschlag die neuen Löhne mit dem Multiplikator 140 28 bekannt. Kurze Zeit darauf wurde dieser Anschlag entfernt und ein neuer mit dem Multiplikator 5900 angebracht. Am gleichen Tage erhielt der deutsche Tabakarbeiterverband die Mitteilung, daß ein Multiplikator von 140 28 für die Zigarettenindustrie nicht in Frage käme, sondern nur der Multiplikator 5900. Der Deutsche Tabakarbeiterverband hat gegen diese Auslegung sofort protestiert. Am gestrigen Tage erhielt der Verband ein weiteres Schreiben, nach welchem die Zigaretten-Industriellen ihren Multiplikator zu begründen versuchen. Im großen ganzen soll es heißen, die alte Lohndrückerei soll nun, nachdem der Generalstreik vorüber ist, wieder weitergehen. Ein weiteres Schreiben der Gemüsekonservenfabrik Dagoma beweist, daß wir eine Reihe von Industrien nach Danzig herbekommen haben, die sich mit den den Arbeitern vorenthaltenen Löhnen erst Fabrikanlagen ausbauen wollen und nur durch Hungerlöhne ihre Existenz fristen können. Ihr Verschwinden wäre nur zu begrüßen. Eine Abmachung mit dem von den Fabrikanten errechneten Multiplikator ist nicht getroffen, was besonders betont werden muß, weil einzelne Arbeitgebergruppen in Verhandlungen bereits damit hausieren gehen.

Streik der Hausbesitzer.

Der Verband der Hausbesitzervereine hat in seiner letzten Sitzung einen Beschluß gefaßt, der bis zum 29. August 1923 eine Festsetzung der Höchstmieten in wertbeständigen Beträgen fordert. Erfolge diese Regelung nicht bis zum genannten Termin, so werde der Hausbesitz die Verwaltung und Unterhaltung der Häuser vom 1. September 1923 ab einstellen. Der Hausbesitz weigere sich, die geringen Höchstmieten, die z. B. für die Jahresmiete einer Normal-Drei-Zimmer-Wohnung noch nicht einen einzigen Stundenlohn eines Arbeiters ausmachen, einzuziehen und wolle sie den Mietern überlassen. Der Hausbesitz sei nicht in der Lage, seine Arbeitskraft unbezahlt zur Verfügung zu stellen und Millionenbeträge für die Mieter an Gebühren für Wasserzins, Gas, Schornsteinreinigung auszulegen, um sie später in entwertetem Papiergelde zurück zu erhalten. Die Zahlungen der Hauseigentümer für ihre Anteile an den genannten Gebühren betragen das Vielfache der von ihnen eingezogenen Mieten. Die Hausbesitzer würden deshalb die Einziehung der gesamten Gebühren (Wasserzins, Gas, Schornsteinreinigung usw.), sowie die Zahlung der Steuern, die Ausführung von Reparaturen und die Durchführung der gesamten zeitraubenden Verwaltungsarbeit bis zur Zahlung wertbeständiger und ausreichender Mieten verweigern.

Eine private Einkaufsgenossenschaft „Wohlfahrt" hat sich unter dem Vorsitz des früheren Stadtrats Dr. Deichen gegründet. Sie will ihren Mitgliedern billige Feuerungsmaterialien, Kartoffeln und sonstigen Bedarf für Haushalt, Gewerbe und Industrie verschaffen. Sie erstrebt Einkauf im Großen und Abgabe zum Selbstkostenpreise im Kleinen. Der Genossenschaftsanteil beträgt 10 000 Mark, die Haftpflicht ist ebenfalls auf 10 000 Mark beschränkt. In jedem Kreise des Freistaates wird eine Filiale errichtet werden. Näheres im Anzeigenteil.

Platzmusik in Oliva. Die Kapelle der Schutzpolizei spielt am Sonntag, den 26. d. Mts., von 1 Uhr ab in Oliva.

Geschäftliches.

Die Firma Max Fleischer Nachf. kündigt für den kommenden Herbst eine reiche Auswahl in Damen- und Kinderbekleidung an. Da die Firma bestrebt ist, Gutes und Geschmackvolles ihrer Kundschaft zu bieten, und als sehr leistungsfähig gilt, so dürfte ein Besuch des Hauses zu empfehlen sein. Der stets wachsende Kundenkreis gibt den Beweis dafür, daß die Firma mit ihrem Grundsatz: streng reelle und kulante Bedienung den rechten Weg beschritten hat.

Verantwortlich: für Politik Ernst Loops, für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber, für Inserate Anton Fooken, sämtlich in Danzig. Druck und Verlag von J. Gehl u. Co., Danzig.

Herbst- u. Winterneuheiten

vornehmen Stils in unerreichter Auswahl zeigen unsere Schaufenster und unsere reichsortierten Läger.

Auf Grund unserer rechtzeitigen, günstigen Abschlüsse und im Hinblick auf die fortschreitende Teuerung ist Einkauf jetzt geboten

Für Qualitätsware und ausgesuchten Geschmack bürgt der Ruf unseres Hauses.

Durchgehend geöffnet von 8 bis 6 Uhr.

(1056)

Max Fleischer Nachflg.

Größtes Spezialhaus für Damen-, Mädchen- und Kinderbekleidung.

Amtliche Bekanntmachungen.

Verordnung

über den Verkehr mit Milch und Butter.

Auf Grund des Gesetzes über die Höchstpreise vom 4. August 1914 in der Fassung vom 17. Dezember 1914, ergänzt durch Verordnung vom 23. September 1915, 23. März 1916 und durch die Verordnung gegen Preistreiberei vom 8. Mai 1918 (R. G. Bl. 1914 S. 239, 516; 1915 S. 603; 1916 S. 183, 1918 S. 395) sowie unter Aufhebung der Verordnung über den Verkehr mit Milch und Butter vom 20. August 1923 wird folgendes verordnet:

§ 1.

Für Vollmilch wird der Höchstpreis im Kleinverkauf für Danzig, Zoppot pp. auf Mk. 100 000 für das Liter festgesetzt. Für Tiegenhof, Neuteich und das platte Land wird der Kleinverkaufspreis auf Mk. 80 000 und für Praust auf Mk. 90 000 für das Liter festgesetzt. Der Höchstpreis für das Liter Milch für den Kuhhalter wird auf Mk. 58 000, für Molkereien, Käsereien oder Kuhhalter ab Station zum Kleinverkauf in der Stadt auf Mk. 70 000, für den Kuhhalter, von dem die Milch per Achse von Danzig aus abgeholt wird, auf Mk. 66 000 festgesetzt. Erfolgt die Abholung der Milch durch den Großhandel aus Orten, die 10 km und weniger von Danzig entfernt sind, so ist der Kuhhalter berechtigt, Mk. 75 000 für das Liter zu nehmen.

Für Kuhhalter, die frei Verkaufsstelle Danzig liefern, wird der Preis auf Mk. 90 000 für das Liter festgesetzt. Die Abgabe durch den Großhandel an den Kleinhandel hat zum Preise von Mk. 96000 für das Liter zu erfolgen.

§ 2.

Für Butter werden folgende Höchstpreise festgesetzt:

a) für 1 Pfund Butter beim Erzeuger frei Bahnstation 970000 Mk.
b) für 1 Pfund Butter frei Verkaufsstelle Danzig und Zoppot pp. 1000000 Mk.
c) für 1 Pfund Butter im Kleinhandel 1100000 Mk.

§ 3.

Zuwiderhandlungen werden nach den Bestimmungen der Verordnung gegen Preistreiberei vom 8. Mai 1918 (R. G. Bl. S. 395) bestraft.

§ 4.

Diese Verordnung tritt am 26. August 1923 in Kraft.

Danzig, den 24. August 1923. (10565

Der Senat der Freien Stadt Danzig.

Mit Zustimmung des Verwaltungsausschusses für die städtischen Betriebe werden den in der Woche vom 27. August bis 2. September d. Js. zur Erhebung gelangenden Rechnungen für Gas-, Elektrizitäts- und Wasserverbrauch folgende Einheitspreise zugrunde gelegt:

1.	für 1 Kubikmeter Gas	285 000	M.
2.	„ 1 Kwst. Lichtstrom	580 000	„
3.	„ 1 „ Kraftstrom	390 000	„
4.	„ 1 Kubikmeter Wasser	115 000	„

Die Verrechnung des vor dem 15. August ds. Js. stattgefundenen Gasverbrauchs erfolgt anteilig zum Preise von 17000 Mk. je cbm. Dieser Verbrauch wird durch Schätzung ermittelt.

Rückständige Rechnungen sind sofort zu begleichen, andernfalls kommen besondere Erhebe- und Verzugsgebühren zur Einziehung oder es muß Absperrung der Leitung erfolgen.

Danzig, den 25. August 1923. (10568

Der Senat.
Städtisches Betriebsamt.

Die Tarife der Fähren

Weichselmünde – Neufahrwasser,
Heubude I,
Krantor und
Wallgasse

werden auf das Fünffache, diejenigen der Fähren

Holm – Broschkischer Weg und
Holm – Holzraum

auf das 3½fache der Tarife vom 10. August 1923 erhöht. Die neuen Tarife bedeuten ⅓ der Friedenstarife in Goldpfennigen unter Abrundung auf volle Tausend. Sie werden in Zukunft 14tägig in demselben Verhältnis geändert werden, in dem der Wert des Goldpfennigs sich ändert.

Der Tarif der Fähre Milchpeter – Troyl wird auf das Fünffache des Tarifs vom 10. August 1923 erhöht. Dieser Tarif wird ebenfalls 14tägig dem Kohlenpreise entsprechend geändert. Sämtliche Erhöhungen treten am 25. d. Mts. in Kraft.

Die in Zukunft in Anpassung an die Geldentwertung und ihre Folgen vorzunehmenden Neuberechnungen des Tarifs werden nicht mehr in den Zeitungen veröffentlicht. Sie sind aus den an den Fähren befindlichen, vom Senat unterzeichneten Bekanntmachungen ersichtlich.

Danzig, den 24. August 1923. (10567

Der Senat. Verkehrsamt.

Der Betrieb der Weichselfähre bei Bohnsack soll vom 1. Dezember ds. Js. ab neu verpachtet werden. Hierzu haben wir einen Bietungstermin auf

Montag, den 3. September 1923, vorm. 10 Uhr in unserem Büro, Artl.-Kaserne, Hohe Seigen, Zimmer 94, anberaumt. Die Pachtbedingungen können auch vorher in unserem Büro eingesehen werden.

Danzig, den 24. August 1923. (10566

Der Senat. Verkehrsamt.

Elektrische Bahn.

Da die mit dem 21. August ds. Js. festgesetzten Einzelfahrpreise auch noch nicht unsere Löhne decken, sind wir abermals gezwungen, mit Genehmigung des Verkehrsausschusses die Einzelfahrpreise mit dem **26. August ds. Js.** auf folgende Beträge festzusetzen:

die M.	60000-Fahrpreise	auf M.	100000
die M.	80000-Fahrpreise	auf M.	150000
die M.	100000-Fahrpreise	auf M.	200000
die M.	120000-Fahrpreise	auf M.	250000
die M.	140000-Fahrpreise	auf M.	300000

Danzig-Langfuhr, den 24. August 1923.

Die Direktion. (10561

Bestellungen auf
Brennmaterial, Kartoffeln
werden entgegengenommen. (10553
„Wohlfahrt"
Einkaufsgenossenschaft für Feuerungsmaterial und sonstigen Allgemeinbedarf e. G. m. b. H.
Langfuhr, Hauptstr. 41, 2 Tr. Tel. 5551, 9–1.

1 resp. 2 möbl. od. teilw. möbl. Zimmer
mit Küchenbenutzung in Danzig oder Vorort zum 1. 9. oder später zu mieten gesucht. Angebote unter V 1691 an die Expedition der Volksstimme. (10558

Zu kaufen gesucht kl. Grundstück
in Heubude. Offert. unt. 1688 an die Exped. der Volksstimme. (†

Wohnungstausch!
Stube und Küche gegen 2 Zimmer od. Stube und Kab. zu tauschen gesucht. Angeb. unt. 1694 an die Exped. d. Volksstimme. (†

Konditorei und Café Baltic
Pfefferstadt 70 Inh. Gebr. Thrun **Telephon 6097**
Täglich frisches Gebäck
Bier – Wein – Liköre
Bestellungen auf **Eis, Torten, Kuchen** aller Art werden bestens ausgeführt 10124

Eingang nur Pfefferstadt 5, 1. Etg.
Brillanten u. Goldsachen auf Wunsch geg. Dollar
Achtung! Noch ist es Zeit! Achtung!
Bevor Sie Ihre Schmucksachen verkaufen, kommen Sie zuletzt in mein
Goldankaufsgeschäft.
Brillanten zahle ich hohe Liebhaber-Preise.
Zahngebisse erreichen Werte bis zu 50 Millionen Mark.
Kein Zahn mit langem Stift unter **600 000 Mk.**
Platin, Gold- und Silberbruch, Löffel, Uhren, Ketten, Ringe, Brennstifte, Schmucksachen und Doublé
zahle ich über jede Konkurrenz.
20 M. in Gold u. 1 M. in Silb. höchst. Tageskurs
10408 Eingang nur
5 Pfefferstadt 5, I. Etg.
en gros. **B. Papier.** en détail.
Streng reelle Preise
Bitte ausschneiden, um die Hausnummer 5 nicht zu verwechseln.

Zuverlässig., alleinstehend. Mann sucht Stellung als Heizer, Fahrstuhlführer, Portier, Aufseher, Wächter, Vertrauensstelle, bei freier Station bevorzugt. Noch in Stellung. Angeb. unt. V. 1692 an die Exped. der Volksstimme. (†

Suche für meine Tochter
Lehrstelle
im Fleisch- u. Wurstgeschäft. Ang. unt. V. 1693 an die Exped. d. Volksstimme. (†

Jung. bess. Ehepaar (Freistaatangehörige)
sucht möbl. Zimmer
von sofort oder später in Langfuhr. Preis 5 Mill. Eig. Wäsche, Bett., Geschirr. Angeb. unt. V. 1642 an d. Exped. d. Volksstimme. (†

Möblierte Zimmer, möbl. Wohnungen,
Büro- u. Lagerräume Geschäftsläden sucht
Priv.-Wohn.-Nachweis **Mallon**, Pfefferstadt 5. Für Vermieter kostenlos. Tel. 7068. (10355

Hansel und die kleine Grete
Und der Vater und die Mutter
Essen von der Kokosbutter
Nur am liebsten die „Hapete"

HAPETE hat höchsten Fettgehalt
HAPETE ist vorzüglich als Brotaufstrich und vorzüglich zum Braten und Backen.
In allen Geschäften erhältlich.
Pflanzenfett u. Butterfabrik
„Hapete" A.G.
Gr. Wollwebergasse 12.
Telefon 2500. (10414

Stempel & Schilderfabr. Hering
Matzkauschegasse 6 I.
10351

Kl. Laden
(Nähe Breitgasse)
gesucht. Angebote unter E. 1678 an die Exp. der Volksstimme. (†

Möbl. Zimm.
sofort gesucht. Angebote unter E. 1680 an die Exp. der Volksstimme. (†

Junges Mädchen findet
gutes Logis
bei einer alleinsteh. Witwe. Hl. Geistgasse 40 b, pt. (†

Ausschneiden u. aufbewahren
Geld auf Hausstand usw.
zu vergeben. R. Liedtke, Paradiesgasse 8/9. (10374

Ehe-Ringe
preiswert, da eigene Fabrikation.
Umarbeitungen und Reparaturen
sauber u. billig.
Leo Nietzner,
Goldschmiedemeister,
DANZIG, Langebrücke 46
10364

Laufbursche sofort gesucht.
Pomm. landw. Hauptgen.,
Kassub. Markt 20.
10546

Zu kaufen gesucht:
1 Schnellbohrmaschine mit Einbaumotor, 1 mittlerer Amboß mit Horn, 1 Leertaufscheibe von N. N. U., 1 kl. Drehbank. (†
Klempnerei **A. Winkler,** Poggenpfuhl 42.

Gut erh. Teppich
2×3, zu kaufen gesucht.
1 gutes Polsterbettgestell gegen Chaiselongue zu tauschen gesucht. Altstädt. Graben 1920, 2 Tr. l. (†

Fahrrad
mit Freil., auch ohne Bereifung gesucht. Angebote unt. V. 1690 an d. Exped. der Volksstimme. (†

Ehrl. Aufwärterin
für 3 Std. vorm. gesucht.
Langfuhr. (10557
Rob.-Reinicke-Weg 10 pt.

Hersteller: **Urbin-Werke, G. m. b. H., Danzig, am Troyl.**
Fernsprecher 5305. (10347

Saison-Räumungs-Verkauf
Reste und Restbestände
in allen Abteilungen unseres Hauses
zu gewaltig billigen Preisen
Mengenabgabe vorbehalten
Beginn Montag vormittag 10 Uhr
Kein Verkauf an Wiederverkäufer
Walter & Fleck A.-G.